



ROMAN ROSSFELD (HG.)

MEHR!

WIRTSCHAFTSWACHSTUM UND
WACHSTUMSKRITIK IN DER SCHWEIZ
SEIT 1945

SCHWABE VERLAG



Wirtschaft-, Sozial- und Umweltgeschichte (WSU)

Band 12

**Herausgegeben von
Christian Rohr,
Historisches Institut der Universität Bern**

Roman Rossfeld (Hg.)

Mehr!

**Wirtschaftswachstum und Wachstumskritik
in der Schweiz seit 1945**

Schwabe Verlag

Publiziert mit freundlicher Unterstützung des Schweizerischen Sozialarchivs, Forschung Ellen Rifkin Hill, sowie der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW).



Unterstützt durch die Schweizerische Akademie
der Geistes- und Sozialwissenschaften
www.sagw.ch

Schweizerisches



Sozialarchiv

Open Access: Wo nicht anders festgehalten, ist diese Publikation lizenziert unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung, keine kommerzielle Nutzung, keine Bearbeitung 4.0 International (CC BY-NC-ND 4.0)



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2025 bei den Autor*innen; Zusammenstellung © 2025 Roman Rossfeld, veröffentlicht durch Schwabe Verlag Basel, Schwabe Verlagsgruppe AG, Basel, Schweiz
Abbildung Umschlag: Das Bild zeigt die noch im Bau befindliche, bis heute bestehende Erdölraffinerie in Cressier im Kanton Neuenburg, 14. April 1966. Comet Photo AG (Zürich), ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv / Com_F66-07328.tif
Korrektorat: Julia Müller, Leipzig
Gestaltungskonzept: icona basel gmbh, Basel
Cover: STROH Design, Kathrin Strohschnieder, Oldenburg
Satz: 3w+p, Rimpär
Druck: CPI Books GmbH, Leck
Printed in Germany
Herstellerinformation: Schwabe Verlag, Schwabe Verlagsgruppe AG, Grellingerstrasse 21, CH-4052 Basel, info@schwabeverlag.ch
Verantwortliche Person gem. Art. 16 GPSR: Schwabe Verlag GmbH, Marienstrasse 28, D-10117 Berlin, info@schwabeverlag.de
ISBN Printausgabe 978-3-7965-5290-8
ISBN eBook (PDF) 978-3-7965-5291-5
DOI 10.24894/978-3-7965-5291-5
Das eBook ist seitenidentisch mit der gedruckten Ausgabe und erlaubt Volltextsuche.
Zudem sind Inhaltsverzeichnis und Überschriften verlinkt.

rights@schwabe.ch
www.schwabe.ch

Inhalt

Roman Rossfeld: Höher, schneller, weiter – mehr? Zur Einführung 7

1. Teil: «Wohlstand für alle»: Wachstum als gesellschaftliches Leitbild und Partizipationsversprechen in den Nachkriegsjahren

Monika Gisler: Rohstoff des «Golden Age».
Erdöl und Wirtschaftswachstum in der Schweiz
im transnationalen Kontext 39

Roman Rossfeld: Arbeit für alle. Vollbeschäftigung, «Wachstumstau»
und Dämpfung der «Überkonjunktur» in den Nachkriegsjahren 73

Marion Ronca: Ein Wachstumsforscher als Delegierter
für Konjunkturfragen. Zur Integration der Wachstumsidee in den
liberalen Staat, 1942–1985 111

Florian Müller: Das Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz (WEG)
von 1974. Ein Gesetz der Hochkonjunktur 135

Christian Koller: «Sachzwang Wirtschaftswachstum»?
Gewerkschaftliche Perspektiven auf das Wachstum im Wandel 161

2. Teil: «Grenzen des Wachstums»: Variationen der Wachstumskritik seit den 1970er Jahren

Juri Auderset: Die «Trente Glorieuses» als «Trente Ravageuses».
Agrarökologische Implikationen des Wachstumsparadigmas
in der Nachkriegszeit 193

Fabian Furter: Missliebige Denkmäler der Hochkonjunktur.
Industrieller Massenwohnungsbau zwischen Heilsversprechen
und Fundamentalkritik 221

Ueli Haefeli: Mehr als ein diskursiver Kurswechsel?
Zur halbherzigen Entkoppelung von Verkehr und Wirtschaftswachstum
seit der Umweltwende um 1970 253

Anja Peter: Emanzipation und Arbeit. Gleichstellung,
Wirtschaftswachstum und feministische Kritik seit 1970 275

Jonathan Hoppner: Überbevölkerungsdiskurs im Zeichen
radikaler Ökologie. Die Wachstumskritik der Schweizerischen
Arbeitsgemeinschaft für Bevölkerungsfragen (SAfB) in den 1970er
Jahren 307

**3. Teil: «Nach dem Boom»? Adaptationen und Transformationen
der Wachstumskritik bis zur Stagnation der 1990er Jahre**

Roman Rossfeld: Unbehagen im Wohlstand. Qualitatives Wachstum
als «Optimierungsstrategie» seit den 1970er Jahren 341

Pascal Germann: Macht und Ohnmacht der Zahlen.
Lebensqualität, Statistik und die politische Produktion von Nichtwissen
in der Schweiz der 1970er und 1980er Jahre 379

Tobias Küng: «Denk mit – Spar mit!» Der Diskurs zu einer
Neuorientierung der Energiepolitik in den 1970er und 1980er Jahren 409

Dario Domenig, Samuel Schildknecht: «Mehr Freiheit, weniger Staat».
Krisenbewältigung und angebotsorientierte Wachstumspolitik
in der Stagnation der 1990er Jahre 443

Dank 473

Autor*innen 475

Emanzipation und Arbeit

Gleichstellung, Wirtschaftswachstum und feministische Kritik seit 1970

Anja Peter

Abstract

This article analyses the interactions between women's work, economic developments, feminist criticism of growth and gender equality policy from the 1970s onwards. The integration of women into the labour market has by no means always been a central arena for debates on gender equality and economic policy. The article shows that the political negotiation processes surrounding women's liberation, labour and equality have shifted. Today, a coalition between equality policy, state and economic liberal actors dominates: Women can and should ensure economic growth; and this also seems to answer the question of their emancipation. However, this pursuit of further economic growth not only stabilises economic conditions, but also social ones – without eliminating fundamental inequalities. This article encourages us to critically scrutinise the alliances between gender equality policy and liberal economic objectives: what are the implications of gender equality policy in the context of the growth paradigm – who do they serve and who bears the consequences?

Während der Arbeit am vorliegenden Beitrag¹ veröffentlichte die OECD am 8. März 2024 das Working Paper No. 304 mit dem Titel *Gender equality and economic growth: Past progress and future potential*.² Die Autoren ziehen die Schlussfolgerung, dass die anhaltende Ungleichstellung von Frauen gegenüber Männern auf dem Arbeitsmarkt nicht nur das Grundprinzip der Gleichstellung der Geschlechter in Frage stelle, sondern auch «signifikante wirtschaftliche Kosten» verursache, die sich aus dem «ungenutzten Pool an Talenten» ergäben und daraus, dass Frauen daran gehindert würden, ihr «volles produktives Potenzial» zu entfalten. Die Gleichstellung der Geschlechter gehe deshalb über ein moralisches Gebot hinaus. In einer Welt mit sinkenden Geburtenraten und einer rasch alternden Bevölkerung müsse über die stärkere Einbeziehung der Frauen in den Arbeitsmarkt «das Wirtschaftswachstum längerfristig gesichert werden».³ In der Schweiz hielt Christoph Mäder, der Präsident des Wirtschaftsdachverbandes

1 Die Arbeit an diesem Artikel wurde von der Stiftung für die Erforschung der Frauenarbeit mit einem finanziellen Beitrag unterstützt. Ich bedanke mich herzlich dafür. Ein grosser und in Freundschaft verbundener Dank geht an Sibylle Stillhart für das erste Lektorat und Mirjam Aggeler für ihre kritischen Anmerkungen, die mich zur Präzision gezwungen und den Beitrag besser gemacht haben.

2 Fluchtmann, Keese, Adema 2024.

3 Ebd.: 8 (Übersetzung der Verfasserin).

Economiesuisse, im Februar 2023 fest: «Wir müssen in den Unternehmen das Bewusstsein dafür schärfen, dass das unausgeschöpfte Potenzial der Frauenarbeit matchentscheidend ist.»⁴ Das Beratungsunternehmen McKinsey rechnete parallel dazu kürzlich vor, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bis zu sechs Prozent wachsen könnte, wenn Frauen in der Schweiz nach der Geburt eines Kindes in ähnlichem Umfang Erwerbsarbeit leisten würden wie zuvor.⁵

Auch amtliche Dokumente wie die gleichstellungspolitischen Legislaturziele von Bundesrat und Parlament beschwören das wirtschaftliche Potenzial der Erwerbsbeteiligung von Frauen: «Um das in der Schweiz vorhandene Arbeitskräftepotenzial ausschöpfen zu können, ist eine stärkere Einbindung der Frauen in den Arbeitsmarkt von zentraler Bedeutung. Dadurch kann nicht genutztes Humankapital aktiviert und produktiv eingesetzt werden.»⁶ Und sogar Alliance F, der Bund schweizerischer Frauenorganisationen, wirbt in ihrem Legislaturprogramm 2023–2027 für die Einführung einer paritätischen Elternzeit mit der Begründung, dass Mütter dadurch «besser von ihren Partner:innen freigespielt» würden und sich so «hochgerechnet über zehn Jahre 25'000 zusätzliche (vollzeitäquivalente) Berufsfrauen im Arbeitsmarkt engagieren» könnten.⁷ Es lassen sich zahlreiche weitere Beiträge finden, die den «wirtschaftlichen Nutzen» der Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt betonen.⁸ Zwischen gleichstellungspolitischen, staatlichen und wirtschaftsliberalen Akteur*innen scheint heute Einigkeit darüber zu herrschen, dass Frauen mit der Zunahme der Erwerbstätigkeit das Wirtschaftswachstum sichern könnten, ja sogar müssten. Im Zentrum steht immer die gleiche Botschaft: Die Wirtschaft muss weiterwachsen.

Wirtschaftswachstum statt Gleichstellung

Die Erwerbstätigkeit von Frauen tritt in dieser etwas seltsam anmutenden Einigkeit der diversen Akteur*innen in erster Linie als Mittel zu weiterem Wachstum in Erscheinung. Der vorliegende Beitrag zeigt auf, dass diese Auslegung geschlechtsspezifische Politiken legitimiert, die auf die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt abzielen, ohne aber die zugrunde liegenden geschlechtlich determinierten Ungleichheiten anzutasten. Zentrale Forderungen der Frauenbewegung nach freier(er) Lebensgestaltung und ökonomischer Unabhängigkeit und ihre kritischen Analysen, wie Arbeit überhaupt zu definieren sei, unter welchen

4 Mäder, zit. nach Arn 2023.

5 McEvily 2022.

6 Bundesamt für Statistik, ohne Datum.

7 Alliance F 2024: 6.

8 Zum Beispiel: Kita-Initiative, ohne Datum; OECD 2023; Advanced. Gender Equality in Business 2022; European Institute für Gender Equality 2017; Schnellbauer 2017; Leuthard 2006.

Bedingungen sie emanzipatorische Wirkung entfaltet und wie patriarchale Verhältnisse und kapitalistische Produktion in Zusammenhang stehen, wurden entweder umgedeutet und einverleibt oder verschwanden gänzlich aus der Debatte. Die Umdeutung zentraler Forderungen führte nicht nur zur weitgehenden Marginalisierung emanzipatorischer Ziele, sondern führte im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung auch zu einer Koalition zwischen gleichstellungspolitischen und wirtschaftsliberalen Akteur*innen.

Mit der Krise und der sich beschleunigenden Deindustrialisierung ab Mitte der 1970er Jahre veränderte sich das Beschäftigungswachstum und wurde in der Folge – und bis heute – hauptsächlich durch den Dienstleistungssektor und nicht mehr durch die Industrie bestimmt. Dieser Umstand brachte neue ökonomische Dynamiken ins Spiel, die auch die Geschlechterordnung bedeutend mitveränderten. Das Wachstum des Dienstleistungssektors, insbesondere der personenbezogenen Dienstleistungen, stand – und steht bis heute – in engem Zusammenhang mit der Zunahme des Erwerbsvolumens von Frauen. Heute sind Frauen im erwerbsfähigen Alter in der Schweiz in vergleichbarem Ausmass erwerbstätig wie Frauen in den skandinavischen Ländern, die in gleichstellungspolitischen Diskursen immer wieder als Vorbilder herangezogen werden. Anders als in den skandinavischen Ländern kennt die Schweiz aber weder eine vorwiegend öffentlich finanzierte Infrastruktur der Kinderbetreuung noch (ausgebaute) Elternzeiten. Daneben ist der Zugang zu Dienstleistungen im Bereich der Pflege und Betreuung von kranken und älteren Angehörigen durch die hohen privaten Kosten stark eingeschränkt oder fehlt ganz. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurde in der Schweiz mit dem Angebot von Teilzeitbeschäftigungen für Frauen gelöst, die heute neben einer wachsenden Anzahl an Erwerbsarbeitsstunden weiterhin den grössten Teil der unbezahlten Haus- und Familienarbeit leisten. In der Folge nahm die gesamte Arbeitsbelastung für Frauen erheblich zu, während gleichzeitig Massnahmen zur Absicherung ihrer unbezahlten Arbeit in den Haushalten abgebaut wurden.⁹

Die nach wie vor grossen Ungleichheiten bezüglich Arbeitsteilung und Einkommensverteilung zwischen den Geschlechtern erweisen sich mit dieser Lösung seit Jahren als weitgehend resistent. Ein Umstand, der insbesondere von gleichstellungspolitischen Akteur*innen seit mindestens vier Jahrzehnten adressiert wird. Ihr Ziel – alle Arbeit und die Einkommen möglichst gerecht zwischen den Geschlechtern zu verteilen – soll aber in erster Linie über eine weitere Erhöhung der Erwerbstätigkeit von Frauen erreicht werden. Andere Lösungsansätze, wie etwa die Erhöhung der Staatsquote, insbesondere für soziale Dienstleistungen in ähnlichem Ausmass wie in den skandinavischen Ländern, stehen kaum

⁹ Eine Ausnahme bilden die Erziehungs- und Betreuungsgutschriften in der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV), die 1996 mit der 10. AHV-Revision eingeführt wurden. Vgl. Peter 2011.

zur Debatte. Dies könnte ein Grund für die Koalition zwischen gleichstellungspolitischen, staatlichen und wirtschaftsliberalen Akteur*innen sein, verbindet sich mit diesem Lösungsansatz doch die Forderung nach ökonomischer Gleichstellung der Frauen mit dem Ziel des quantitativen Beschäftigungswachstums – ein wesentlicher Indikator für das Wachstum des BIP. Dabei wird jedoch übersehen, dass gleich hohe Erwerbsquoten und -pensen von Frauen und Männern keine hinreichende Bedingung für die Gleichstellung der Geschlechter sind und dass sich mit dem Wachstum der personenbezogenen Dienstleistungen ganz andere Fragen an wirtschaftliche Wachstumsdynamiken stellen, als dies bei der Zunahme der industriellen Güterproduktion der Fall war.¹⁰ Vielmehr stellen sich durch das Wachstum der personenbezogenen Dienstleistungen neue Herausforderungen, die auf tiefere strukturelle Ungleichheiten hinweisen.

Zugleich verloren die Reallohnsteigerungen mit der Krise Mitte der 1970er Jahre sichtlich an Schwung und brachen in der langen wirtschaftlichen Stagnationsphase der 1990er Jahre schliesslich ein. Dem bisherigen Geschlechtervertrag zwischen Alleinernährer und Hausfrau wurde dadurch die ökonomische Grundlage für einen Ernährerlohn entzogen. Inmitten dieser Umbrüche formierte sich die Neue Frauenbewegung mit ihrer radikalen Ablehnung dieses bürgerlich-patriarchalen Arrangements und mit vielschichtigen feministischen Debatten rund um unbezahlte und bezahlte Arbeit sowie unterschiedlichen Vorstellungen zur (ökonomischen) Unabhängigkeit von Frauen. Könnte ein «Lohn für Hausarbeit», wie von einem Teil der Frauenbewegung eingefordert wurde, das Mittel zur «Befreiung» sein? Oder sollten Frauen in gleichem Ausmass und in den gleichen Berufen erwerbstätig sein wie Männer, während die unbezahlte Haus- und Familienarbeit neu zwischen den Geschlechtern verteilt werden sollte? Diese Auseinandersetzungen, wie der Lösungsweg gleichstellungspolitisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich zu gestalten sei, trafen zeitgleich auf sich verändernde wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Die heutige Eindeutigkeit, die Gleichstellung der Geschlechter in enger Koppelung mit Erwerbsarbeit zu sehen und «Frauen in einen männlichen Lebens- und Erwerbsarbeitsverlauf einzupassen»¹¹ ist historisch gewachsen und war keineswegs schon immer zentraler Schauplatz gleichstellungs- und wirtschaftspolitischer Debatten. Wie also ist diese Einigkeit zwischen gleichstellungspolitischen, staatlichen und wirtschaftspolitisch liberalen Akteur*innen entstanden? Wie ist sie zu deuten, und was bedeutet die steigende Zahl erwerbstätiger Frauen für das Wachstum der Schweizer Wirtschaft einerseits und die Geschlechtergleichstellung andererseits? Zur Beantwortung dieser Fragen werden im Folgenden ausgewählte und exemplarische Debatten herangezogen, die im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung ab 1970 mit Geschlech-

10 Vgl. dazu Donath 2014: 167–177; Baumol 2012; Madörin 2019: 89–119.

11 Hardegger 2020: 256.

tergleichstellung und Arbeit sowie feministischer Analyse und der Kritik wirtschaftlicher Entwicklung in Zusammenhang standen.

Das Konzept «Frauenberuf»

Bis in die 1960er Jahre nutzte die Frauenbewegung den Begriff «Frauenberufe», um ihre Forderungen nach guten und geregelten Ausbildungsmöglichkeiten, Berufsorganisationen, angemessenen Löhnen, Anerkennung und Partizipation zu artikulieren. Die Verwendung des Begriffs «Frauenberufe» war laut Céline Angehrn und Simona Isler sowohl ein definitorischer als auch ein emanzipatorischer Akt: Es ging darum, festzulegen, wie die Berufe beispielsweise von Schneiderinnen, Sozialarbeiterinnen, Pflegerinnen oder Sekretärinnen strukturiert und organisiert sein sollten, und auch darum, mitzubestimmen, welche Tätigkeiten als Berufe anerkannt wurden. In dieser Konzeptualisierung wurde auch die Arbeit von Hausfrauen als Beruf verstanden und entsprechend Anerkennung und hauswirtschaftliche Ausbildungsstätten gefordert.¹²

Heute sprechen wir nur noch ungern von Frauenberufen, auch wenn Tätigkeiten in der Pflege oder in der Kinderbetreuung nach wie vor gross mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden. Auch die Arbeitsbedingungen und Löhne dieser Berufe sind, wenn überhaupt, nur am Rande Inhalt politischer Auseinandersetzungen. Dass sich Frauen für Frauenberufe entscheiden und/oder nach der Geburt eines Kindes zumindest vorübergehend aus dem Erwerbsleben aussteigen und als Hausfrauen arbeiten, wird seit den 1970er Jahren zunehmend als dringendes gesellschaftliches Problem diskutiert.¹³ Frauen sollten nun dazu ermuntert werden, andere Berufe zu erlernen. Sie könnten Arbeiten, die bis anhin vorwiegend von Männern verrichtet wurden, ebenso gut verrichten – sich also an männliche Erwerbsverläufe anpassen – so die Botschaft hinter den Gleichstellungskampagnen ab den 1990er Jahren.

Mit der Institutionalisierung der Neuen Frauenbewegung in staatlichen und staatlich geförderten «Frauenbüros» oder Gleichstellungsbüros ab 1980 etablierte sich laut Sarah Probst zudem ein «Geschäft mit der Gleichberechtigung». Dieses drückte sich unter anderem in der Orientierung an Firmeninteressen im Sinne eines «Optimierungspotenzials von weiblicher Arbeitskraft» aus, was wiederum zu den Berufswahlprogrammen passte, die sich bis weit in die 2000er Jahre ausschliesslich an Mädchen richteten.¹⁴ Céline Angehrn verweist darüber hinaus im Kontext einer allgemein ansteigenden Erwerbsbeteiligung von Frauen auf ein «Zusammentreffen» der Förderung der Erwerbsarbeit von Frauen mit einer

12 Angehrn, Isler 2018: 28–29.

13 Angehrn 2019: 193.

14 Vgl. Probst 2018: 161–187 und dies. 2020.

«neoliberalen, aktivierenden Arbeitsmarktpolitik» in den 1980er und 1990er Jahren.¹⁵ Die grundsätzliche Kritik an Form, Inhalt und Sinn von Arbeit, welche die Neue Frauenbewegung in die Debatten eingebracht hatte, rückte nun in den Hintergrund, sodass eine Integration der Frauen in die Erwerbsarbeit möglich wurde, ohne dass die Rahmenbedingungen grundsätzlich verändert werden mussten. Möglichst gleich viel Erwerbsarbeit für Frauen wie für Männer wurde zum Schlüssel der Emanzipation und fügte sich reibungslos in eine neoliberale Wirtschaftsordnung ein, die nach möglichst viel Wachstum zu möglichst geringen Kosten strebt. Heute sind Frauen in hohem Masse erwerbstätig, übernehmen den grössten Teil der unbezahlten Haus- und Familienarbeit und können sich weder auf öffentliche, zeitliche oder finanzielle Entlastung noch auf die Umverteilung von Arbeit und Einkommen zwischen den Geschlechtern verlassen. Dass unbezahlte Haus- und Familienarbeit für die Geschlechterordnung und für die wirtschaftliche Entwicklung nach wie vor von grosser Bedeutung ist, wird heute, anders als in den 1970er Jahren, aber kaum mehr thematisiert.

«Lohn für Hausarbeit» als Befreiungsperspektive

Die Kritik an einer ökonomischen und gesellschaftlichen Ordnung, die auf der Zuweisung von Erwerbsarbeit als Domäne der Männer und von Hausarbeit als vermeintlich natürliche und deshalb unbezahlte Arbeit von Frauen basiert, findet sich seit den Anfängen der Frauenbewegung. Die Aktivistinnen und Theoretikerinnen der Neuen Frauenbewegung knüpften daran an und hielten fest, dass Hausarbeit keinesfalls ein Ausdruck von Natur sei. Vielmehr sei die unbezahlte Arbeit von Frauen der Grundpfeiler patriarchaler und kapitalistischer Produktionsverhältnisse.¹⁶ Unbezahlte Arbeit wurde als Voraussetzung für die «Reproduktion der Arbeitskraft» und jedes kapitalistischen Wachstums in die Debatten eingebracht. Ohne die Produktion von Arbeitnehmenden und die Reproduktion ihrer Arbeitskraft in den Haushalten könnten auch keine Güter hergestellt oder Dienstleistungen erbracht werden. Ökonomische Unabhängigkeit für Frauen kristallisierte sich in der Folge als Kern der politischen Forderungen der Neuen Frauenbewegung heraus. So einig sich Frau in der Analyse auch weitgehend war, so umstritten waren aber die Schlussfolgerungen: Im Internationalen feministischen Kollektiv formierte sich ab 1972 eine internationale Kampagne für einen «Lohn für Hausarbeit», an der sich auch Gruppen aus der Schweiz beteiligten.¹⁷ Ein Lohn für Hausarbeit bedeutete eine ökonomische Aufwertung der Arbeit im Haus und für die Familie und sollte «zur gesellschaftlichen Anerkennung dieser

15 Angehrn 2019: 196.

16 Isler 2015: 216–236.

17 Ebd. und dies. 2011. Zur Geschichte des Internationalen feministischen Kollektivs vgl. Toupin 2022.

Tätigkeiten als Arbeit beitragen».¹⁸ Die Forderung stellte darüber hinaus aber auch «ein Vehikel dar, um die geschlechtsspezifische Zuweisung der privaten, unbezahlten Arbeit an Frauen zu repolitisieren».¹⁹ Die Gewalt gegen Frauen sowie ihre ökonomische Abhängigkeit von (Ehe-)Männern und staatlichen Institutionen oder Dienstleistungen trage zur Aufrechterhaltung dieser spezifischen Form der Ausbeutung bei. Die Entlohnung der Hausarbeit sollte Frauen dazu ermächtigen, sich aus dieser Ausbeutung zu befreien, und letztlich auch zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung beitragen.²⁰

Zahlreiche Vertreterinnen der Neuen Frauenbewegung sahen jedoch in der Erwerbsarbeit und in der gleichzeitig eingeforderten Umverteilung der unbezahlten Arbeit zwischen den Geschlechtern die zentralen Hebel für die Frauenemanzipation. Erst ein eigenes Einkommen durch Erwerbsarbeit und damit die Umverteilung von Arbeit insgesamt würde die Frauen von Haus und Ehemännern befreien, so die These. Die Lohn-für-Hausarbeit-Aktivistinnen waren damit nicht einverstanden. Unbezahlte Hausarbeit mit bezahlter Erwerbsarbeit einzutauschen, respektive zu ergänzen, werde die gesellschaftliche Position von Frauen nicht verbessern, entgegneten sie. Im Gegenteil: es lauere die Gefahr der Mehrarbeit für Frauen und einer potenziell doppelten respektive dreifachen Ausbeutung. Auch ein eigener Lohn bringe keine Unabhängigkeit mit sich, wenn der Preis dafür die totale Arbeitsüberlastung sei und der Lohn erst noch keine Existenzsicherung garantiere.²¹

Auch der Bund Schweizerischer Frauenorganisationen (BSF) beschäftigte sich mit dem Thema Hausarbeit. Er hatte sich 1974 im Rahmen einer Stellungnahme zur «Stellung der Frau in der Schweiz» um «die Bewertung der Arbeit der Frau in Haus und Familie» und damit für «eine Aufwertung der Hausarbeit» bemüht und veröffentlichte 1977 eine eigene Studie zur «Bewertung des Arbeitsplatzes in privaten Haushalten».²² Aus den Resultaten der Studie ergab sich die «dringende Empfehlung oder sogar Forderung», dass eine Erhebung der unbezahlten Arbeit möglichst bald an die Hand genommen werde. Erst durch die «Berechnung eines Lohnanspruchs» könne der Wert der «nicht-entlohnerten Haushaltsarbeit im familiären, aber auch volkswirtschaftlichen Bereich objektiv bestimmt» werden und erhalte damit den Stellenwert, der ihr zukomme.²³

Offenbar löste diese Debatte der Frauenbewegung um unbezahlte Arbeit einiges aus. Eine Interpellation von CVP-Nationalrat Josef Ziegler, die eine Erhebung von «Arbeitszahlen als Grundlage für die Bewertung im familiären und im

18 Isler 2015: 216.

19 Ebd.

20 Ebd.: 224.

21 Ebd.: 228.

22 Brüngger 1977.

23 Ebd.: 84.

volkswirtschaftlichen Bereich» verlangte, veranlasste den Schweizerischen Arbeitgeberverband 1979 zur Warnung, eine solche könnte dem von «manchen Frauenorganisationen nicht sehr stilvoll reklamierten ‹Hausfrauenlohn›» als Grundlage dienen.²⁴ Ausserdem sei eine «Wertberechnung» der Hausarbeit ungeeignet, um in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung «eingestellt» zu werden, gäbe es doch «Funktionen und Handlungen» die nicht mit Geld und Arbeitsstunden abgegolten werden könnten.²⁵ Insgesamt stiessen die Forderung nach «Lohn für Hausarbeit» und das politische Programm, das mit dieser Forderung verbunden war, sowohl in der Frauenbewegung als auch darüber hinaus auf erheblichen Widerstand und lösten Kontroversen aus. Während in den 1970er Jahren die Bewertung und Definition von Arbeit sowie die Frage der «Befreiung» noch offen war, verengte sich die Perspektive in den folgenden Jahren zunehmend. Inzwischen hat sich die Position durchgesetzt, dass Erwerbsarbeit als «privilegierte Arena für die Verwirklichung von Chancengleichheit» anzusehen sei. Eine Position, die sich problemlos dem Primat einer allgemeinen liberalen Wirtschaftsförderung unterordnen lässt.²⁶

Emanzipation durch Erwerbsarbeit

Dem wirtschaftlichen Einbruch Mitte der 1970er Jahre folgte eine Entlassungswelle, von der Frauen überproportional getroffen wurden. Simona Isler stellt in diesem Zusammenhang fest, dass innerhalb der Gruppe «Frauentlassungen – Frauenarbeit» der Zürcher Frauenbefreiungsbewegung (FBB) noch im Juli 1975 Uneinigkeit darüber herrschte, ob eine möglichst hohe Erwerbsbeteiligung der Frauen eigentlich wünschenswert sei. Im November des gleichen Jahres verfestigte sich dann die Perspektive, die Berufsarbeit stärke die finanzielle Unabhängigkeit der Frauen. Dabei hatte die Gruppe durchaus in Betracht gezogen, dass Frauen nicht unbedingt erwerbstätig sein wollten, und betonte: «[...] wir kennen die schlechten Bedingungen, Entfremdung, Leistungsdruck etc. ... und

24 Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung 1979: 115.

25 Ebd. Eine erste Zeitbudgeterhebung wurde 1979 vom Bundesamt für Statistik gemacht; ob sie in einem Zusammenhang mit der Interpellation Ziegler steht, konnte aber nicht herausgefunden werden. Seit 1997 wird die unbezahlte Arbeit alle drei bis vier Jahre mittels einer Befragung der Haushalte vom Bundesamt für Statistik regelmässig erhoben und ihr monetärer Wert in Form einer Marktkostenrechnung ausgewiesen. Diese Erhebung wurde in der Folge der Abschlussdeklaration der Weltfrauenkonferenz in Peking von 1995 umgesetzt, die dazu aufgefordert hat, unbezahlte Arbeit in Zusatzberechnungen zum Bruttoinlandsprodukt auszuweisen und zu bewerten.

26 Isler 2015: 233–234.

trotzdem raten wir allen Frauen, sich um Erwerbsarbeit zu bemühen».²⁷ Elisabeth Joris und Heidi Witzig weisen im Zusammenhang mit der Krise der 1970er Jahre ausserdem auf «die allgemeine gesellschaftliche Gegenbewegung» hin, welche die Frauen wieder stärker aus der Erwerbsarbeit verdrängen wollte.²⁸ Die konkrete Erfahrung der überproportionalen Entlassungen von Frauen und die gesellschaftliche Debatte darum, Frauen wieder vermehrt auf die unbezahlte Arbeit verweisen zu wollen, dürfte mit ein Grund dafür sein, weshalb sich innerhalb der Frauenbewegung die Position verstärkte, eine gleichberechtigte Teilhabe an der Erwerbsarbeit sei der Schlüssel zur Emanzipation.

Aber nicht nur innerhalb der Frauenbewegung verfestigte sich diese Überzeugung. Thomas Held, der 1974 zusammen mit René Levy die soziologische Studie *Die Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft*²⁹ publizierte, schrieb 1975 in der *Gewerkschaftlichen Rundschau*, die Berufstätigkeit sei Bedingung für jede «wirkliche Emanzipation der Frau», insbesondere für die Veränderung «traditioneller, als Fesseln empfundener» Familienstrukturen, und hielt weiter fest: «Eine Beschäftigungspolitik, die mit Reserveheeren und Puffern (Frauen, Fremdarbeiter) operiert, statt das Recht auf Arbeit für alle in den Mittelpunkt zu stellen, bringt deshalb jede weitere Emanzipation der Frau in Gefahr. Mit anderen Worten: Unerlässliche Voraussetzung für die Gleichstellung der Frau ist eine Politik der Vollbeschäftigung.»³⁰ Gleichzeitig forderte er, dass die Benachteiligungen am Arbeitsplatz – namentlich in Bezug auf Lohn und Aufstiegsmöglichkeiten – beseitigt und die «infrastrukturellen Voraussetzungen» für die «Entlastung der berufstätigen Hausfrauen und Mütter» geschaffen werden müssten. Weiter führte er aus: «Aber auch abgesehen von solchen Barrieren für die Frauenerarbeit setzt eine Politik der tatsächlichen Integration der Frau in Wirtschaft und Gesellschaft voraus, dass auf der anderen Seite die Männer stärker am familiären Bereich teilnehmen.»³¹ Für den grössten Teil der Bevölkerung blieb dies laut Held allerdings ein unrealistisches Modell, solange keine spürbare Arbeitszeitverkürzung angestrebt werde. «Vom Standpunkt der Frauenemanzipation aus gesehen werden so Vollbeschäftigung und Arbeitszeitverkürzung zu den beiden wichtigsten Zielen jeder Beschäftigungspolitik.»³²

Während Helds Argumentation die alleinige Möglichkeit der Integration der Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft über die Erwerbsarbeit hervorhob und zudem die allgemeine linke Beschäftigungspolitik zum Kampfplatz der Frauen-

27 Zitiert nach Isler 2015: 227. Die Originalzitate finden sich in *Frauezeitig* 1 (1975): 2–3 und *Frauezeitig* 2 (1975): 2.

28 Joris, Witzig 2001: 481.

29 Vgl. Held, Levy 1974.

30 Held 1975: 95.

31 Ebd.

32 Ebd.

emanzipation erklärte, standen in den Debatten der Frauenbewegung – neben der finanziellen Unabhängigkeit – zwei weitere Argumente im Vordergrund: Einerseits die Ebenbürtigkeit mit Männern und andererseits der Schritt heraus aus der Isolation in der Kleinfamilie. Durch beides würden die Grundsteine für den Aufbau eines «soliden weiblichen Selbstbewusstseins» gelegt.³³ Gefordert wurden die Umverteilung unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern und die Schaffung öffentlicher Infrastrukturen wie Kinderbetreuungsangebote, Restaurants, Waschsalons und Flickstuben. Innerhalb der Neuen Frauenbewegung waren diese Forderungen aber umstritten: Eine Neuaufteilung der Hausarbeit sei ein theoretisches Wunschbild und eine Verschleierungstaktik, damit alle, die es nicht schafften, ihre Hausarbeit aufzuteilen, glauben würden, sie seien selbst daran schuld und unfähig.³⁴ Infrastrukturen sollten von den Frauen selbst aufgebaut und verwaltet werden, denn in der Hand des Staates könnten sie sich als Machtinstrument gegen die Frauen entpuppen, um ihnen weiterhin die Bedingungen ihrer Arbeit zu diktieren, sodass Frauen zusätzlich zur unbezahlten Arbeit vorwiegend in schlecht bezahlten Dienstleistungsberufen arbeiten müssten. Erst ein staatlicher «Lohn für Hausarbeit» für alle Frauen würde die Möglichkeit für selbstverwaltete Infrastrukturen und eine echte Wahlfreiheit respektive die Möglichkeit zur Verweigerung von Arbeit schaffen.³⁵

In der *Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung* argumentierte eine Autorin im März 1973, verheiratete Frauen würden als «Arbeitskraftreserven» in Frage kommen, wenn man ihnen bei der Arbeitszeit entgegenkäme. «Eine Frau, welche über einen modern eingerichteten Haushalt verfügt und nicht mehr durch die Kinder ans Haus gebunden ist, hat gut Zeit, noch teilweise berufstätig zu sein, ohne auf andere Interessen und Hobbies verzichten zu müssen.»³⁶ Die Autorin forderte eine Revision der Steuergesetzgebung und eine «staatliche Rente» für junge Mütter, damit diese im ersten Jahr nach der Geburt auf ihre Erwerbsarbeit verzichten könnten. Sie betonte das Potenzial der Arbeitskraft von Frauen als Vorteil für Staat und Wirtschaft und forderte im Gegenzug finanzielle Anreize für die Familien durch steuerliche Anpassungen. Dabei deutete sie die Berufarbeit von Frauen eher als Abwechslung vom (familiären) Alltag denn als wirtschaftliche Notwendigkeit oder emanzipatorischen Akt. Gleichzeitig machte die Autorin klar, dass die Erwerbstätigkeit von Frauen nur in der spezifischen Form der Teilzeitbeschäftigung realisierbar sei. Verheiratete Frauen wurden hier als Arbeitskraftreserven gesehen, aber erst nach der Erfüllung ihrer Pflichten als Mütter. Das sogenannte «Dreiphasenmodell», demzufolge die Erwerbstätigkeit von Frauen vor und nach der Mutterschaft möglich und erwünscht war, wurde

33 Isler 2015: 228.

34 Ebd.: 229.

35 Ebd.: 228–230.

36 Elsasser-Rusterholz 1973: 202.

damals auch von einigen Frauenorganisationen als ideale Nutzung des «doppelten Gebrauchswerts» von Frauen propagiert.³⁷

Diese verschiedenen Positionen spiegeln die gesellschaftlichen, arbeitsmarktlichen und wirtschaftlichen Veränderungen und die damit verbundenen Unsicherheiten jener Zeit. Das Ende des Wirtschaftswunders, der Konjunkturunbruch und der damit verbundene beschleunigte Strukturwandel hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft trafen auf politische Bewegungen und Institutionen, die sich mit einem offenbar brüchigeren Wohlstand und einer unsichereren wirtschaftlichen Entwicklung auseinandersetzen mussten – und auf eine starke Frauenbewegung, die eine über das Frauenstimm- und Wahlrecht hinausgehende Partizipation und Unabhängigkeit einforderte.³⁸ Der gleichberechtigte Zugang zum Arbeitsmarkt und vor allem zu gleichen Einkommen war Teil dieser Forderungen, verbunden mit der Umverteilung von unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern und dem Auf- und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur. Zu weiten Teilen sind diese Anliegen bis heute unerfüllt. Die Forderung nach einem Lohn für Hausarbeit verschwand fast gänzlich aus der Debatte; und in den Folgejahren etablierte sich die Erwerbsarbeit von Frauen in erster Linie als tendenziell schlecht entlohnte (Teilzeit-)Arbeit im stark wachsenden Dienstleistungssektor.

Wachstumstrend Frauenerwerbsarbeit

Parallel zum Wachstum des Dienstleistungssektors stieg ab 1960 – zuerst zögerlich und ab 1980 markant – auch die Erwerbstätigkeit von Frauen. Der Dienstleistungssektor war bereits 1960 der bedeutendste Beschäftigungszweig für Frauen. Das, im Unterschied zur Situation in den 1920er Jahren, als die Verteilung der Arbeitnehmerinnen auf den zweiten und dritten Wirtschaftssektor noch ungefähr gleich gross war.³⁹ Die Erwerbsquote von Frauen befand sich zwischen 1940 und 1950 mit etwas über 30 Prozent auf einem Tiefststand im Vergleich zu den jeweiligen Jahrzehnten davor und danach, als sie rund 40 Prozent oder mehr betrug.⁴⁰ Zwischen 1950 und 1960 war die Zunahme erwerbstätiger Frauen aber vor allem auf die Zunahme migrantischer Arbeiterinnen zurückzuführen.⁴¹ Ab 1960 lässt sich dann eine Re-Mobilisierung der Schweizer Frauen für den Er-

37 Mesmer 1988: 21.

38 Interessant wäre überdies die Frage eines möglichen Zusammenhangs zwischen dem Überfremdungsdiskurs und der damit verbundenen Begrenzung der Zuwanderung ab 1970 und der Veränderung von Debatten der verschiedenen Akteur*innen zur Erwerbsarbeit von Frauen.

39 Magnin 1996: 40.

40 Wecker 1984: 350.

41 Magnin 1996: 34.

werbsarbeitsmarkt statistisch nachweisen. Regina Wecker hat allerdings konstatiert, dass die Erwerbsbeteiligung von Frauen bis weit ins 20. Jahrhundert hinein unterschätzt wurde, weil sich das Interesse der Statistiker hauptsächlich auf die Männer richtete. Im internationalen Vergleich war die Erwerbsquote der Frauen – insbesondere in den Sektoren Industrie und Handwerk – hoch. Wecker vermutet, dass dies auf eine spezifisch schweizerische Ausprägung der industriellen Revolution zurückzuführen sei, welche die Erwerbstätigkeit von Frauen förderte.⁴² Elisabeth Joris und Heidi Witzig haben ausserdem nachgezeichnet, dass mit dem wirtschaftlichen Aufschwung eine gute Ausbildung und Berufstätigkeit für Frauen aus der Mittelschicht bereits nach dem Zweiten Weltkrieg selbstverständlich geworden waren.⁴³

Über das Ringen um die Erwerbsbeteiligung von Frauen und insbesondere von Müttern in jenen Jahren gibt schliesslich die Lizenziatsarbeit von Chantal Magnin zum «Alleinernährer» detailliert Auskunft.⁴⁴ Die damalige Debatte lässt sich keineswegs in ein Schema von konservativen versus progressive Kräften einordnen. Stimmen aus unterschiedlichen politischen Lagern, welche die gesellschaftliche Integration von Frauen über Erwerbsarbeit in einer «demokratisch-liberalen Wirtschaftsordnung» als zwingenden Fortschritt bejahten, gab es ebenso wie solche, welche die «Ausbeutung von Frauenkraft» durch doppelte Arbeitsschichten in Berufs- und Hausarbeit insbesondere für Mütter ablehnten.⁴⁵ Es wurde aber nicht nur darum gerungen, ob und in welcher Form Frauen, respektive Mütter, erwerbstätig sein sollten, sondern auch darum, in welcher Form der Sozialstaat verpflichtet wäre, mittels Kinderzulagen, Mütterrenten, Mietzuschüssen und weiteren sozialstaatlichen Massnahmen jeder Familie ein Recht auf ein existenzsicherndes Einkommen zu garantieren. Sozialpolitisch wurde die Erwerbsarbeit von Frauen aber lange über das Ideal des «Alleinernährers» und über die Ehe abgeleitete sozialstaatliche Leistungen für Frauen als subsidiär abgetan. Laut Jakob Tanner und Brigitte Studer hat erst der Boom der Nachkriegsjahre, «die materiellen Voraussetzungen» für die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in ein «Drinnen» für Frauen und ein «Draussen» für Männer geschaffen.⁴⁶ Allerdings war diese Arbeitsteilung mehr Ideologie und wenn überhaupt, nur für eine sehr kurze Zeit – zwischen 1940 und 1960 – auch Realität für breitere Gesellschaftsschichten.

Bereits am Anfang des 20. Jahrhunderts war die Hausarbeit als politischer und wissenschaftlicher Gegenstand der Rationalisierung entdeckt worden. Inspiriert vom Taylorismus wurde ab den 1920er Jahren eine rationalisierte Haus-

42 Wecker 1984: 346–350.

43 Joris, Witzig 2001: 75.

44 Vgl. Magnin 1996.

45 Ebd.: 65.

46 Tanner, Studer 2012: 645.

wirtschaft propagiert; aber erst in der Hochkonjunktur der 1950er und 1960er Jahre fanden die dafür konzipierten Geräte aufgrund steigender Einkommen eine breitere Nutzung. Die Technisierung des Haushalts sollte Frauen jetzt nicht mehr nur von der Hausarbeit entlasten, sondern auch Zeit für die Erwerbsarbeit freisetzen. Anna Bähler weist jedoch darauf hin, dass der Effekt der Technisierung schwer zu bewerten sei.⁴⁷ **Zwar habe sich die Hausarbeit seit den 1950er Jahren vermutlich verringert; diese Reduktion sei aber eher durch eine geringere Kinderanzahl und die steigende Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen bedingt.**⁴⁸ **Jakob Tanner und Brigitte Studer argumentieren zudem, dass die Technisierung primär Männer und Kinder von der Hausarbeit entlastet habe.**⁴⁹ Diese Befunde legen nahe, dass die Technisierung des Haushalts keine zeitliche Entlastung für Frauen brachte, sondern angesichts der steigenden Erwerbsbeteiligung von Frauen ihre gesamte Arbeitsbelastung im Gegenteil gestiegen ist. Eine regelmässige Erhebung zur unbezahlten Arbeit gibt es aber erst seit 1997. Im Rahmen der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) werden alle drei bis vier Jahre entsprechende Daten durch Bevölkerungsbefragungen erhoben. Diese zeigen: Für Frauen, die alleine oder in einem Paarhaushalt ohne Kinder leben, ist die gesamte Arbeitsbelastung seit 1997 geringfügig zurückgegangen. Ein anderes Bild zeigt sich in Paarhaushalten mit Kindern. Die Gesamtlast an Arbeit nahm hier deutlich zu: Mütter verbringen heute wesentlich mehr Zeit mit Erwerbsarbeit als 1997, während sich der zeitliche Aufwand für unbezahlte Arbeit nicht reduziert hat.⁵⁰

Zwischen 1960 und 1970 nahm der Anteil erwerbstätiger Frauen noch sehr verhalten von 46,5 auf 49 Prozent zu und wuchs bis 1980 weiter leicht an.⁵¹ Ab den 1980er Jahren kann der Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit dann aber als eigentlicher Wachstumstrend auf dem Arbeitsmarkt beobachtet werden. Von 1980 bis heute erhöhte sich der Anteil erwerbstätiger Frauen von rund 50 auf über 80 Prozent, während der Anteil bei den Männern über diese Jahre leicht sank.⁵² In der Frage der Erwerbsbeteiligung hat sich die Schere zwischen Männern und Frauen in den letzten 40 Jahren also bedeutend geschlossen. Nicht aber in Bezug auf andere geschlechtlich determinierte Merkmale von Erwerbsarbeit. So fällt der markante Unterschied im Anteil an Teilzeitarbeit zwischen den Ge-

47 Bähler 1996: 171–192.

48 Ebd.: 184.

49 Tanner, Studer 2012: 681.

50 Bundesamt für Statistik 2021.

51 Mergele, Kaiser, Wehrli, 2024: 15. Die verwendeten Daten stehen online zur Verfügung: SECO 2024.

52 Bundesamt für Statistik 2024a: 1970: Frauen 48,1 %, Männer 91,8 %, 1980: Frauen 51,4 %, Männer 89,9 %, 1990: Frauen 61,2 %, Männer 90,7 %, 2000: Frauen 70,2 %, Männer 87,5 %. Vgl. dazu auch Bühler, Heye 2005: 26. Bundesamt für Statistik 2024b für Zahlen von 1991 bis heute.

schlechtern auf. Seit ihrer Erfassung 1960 wurde sie nachweislich mehrheitlich von Frauen ausgeübt, wobei die meisten berufstätigen Frauen bis in die 1990er Jahre noch Vollzeit erwerbstätig waren.⁵³ Seit 1990 wuchs auch der Anteil der Teilzeit beschäftigten Männer signifikant, blieb aber weit hinter jenem der Frauen zurück. In jüngster Zeit ist wieder eine Zunahme der Erwerbsspensen von Frauen zu beobachten, was darauf hinweist, dass sich Frauen weiterhin dem Erwerbsmodell von Männern annähern.

Ein weiterer auffälliger Unterschied findet sich bei der Betrachtung der Beschäftigung von Frauen und Männern nach Branchen. So ist der Dienstleistungssektor heute auch für die Männer der bedeutendste Beschäftigungszweig. Anders als die Frauen sind sie aber überwiegend in nicht-personenbezogenen Dienstleistungen wie beispielsweise der Immobilien- und Finanzbranche oder in technischen Dienstleistungen tätig. Frauen hingegen sind in grosser Überzahl in personenbezogenen Dienstleistungen, wie dem Gesundheitswesen, beschäftigt.⁵⁴ Diese fortbestehenden Unterschiede gehen einher mit signifikanten Einkommensdisparitäten, da Tätigkeiten in nicht-personenbezogenen Dienstleistungen wesentlich höher vergütet werden als Beschäftigungen in personenbezogenen Branchen, während Frauen zusätzlich noch den Grossteil der unbezahlten Arbeit leisten. Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit von Frauen kann daher nicht unkritisch als Fortschrittsgeschichte erzählt werden. Trotz der hohen und weiterhin zunehmenden Erwerbstätigkeit von Frauen bleibt die geschlechtsspezifische Segregation in Bezug auf Arbeit und Einkommen bestehen. Diese Ungleichheiten zeigen, dass die blosser Integration in den Arbeitsmarkt nicht automatisch zu Gleichstellung führt.

Das Geschäft mit der Gleichstellung

Die 1980er Jahre werden von Historikerinnen rückblickend als prägendes Jahrzehnt der «Gleichstellung» bezeichnet.⁵⁵ Am 14. Juni 1981, zehn Jahre nach der Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts auf nationaler Ebene, befürwortete die Mehrheit der Stimmberechtigten die Aufnahme des Gleichstellungsartikels in die Bundesverfassung, der die Gleichstellung der Geschlechter, namentlich in Familie, Ausbildung und Beruf, verfassungsmässig verankerte.⁵⁶ Bereits

53 Wecker 1984: 350; Bühler, Heye 2005: 27.

54 Bundesamt für Statistik 2023a.

55 Suter 2020: 103.

56 Die ursprünglich 1976 eingereichte Initiative ging weiter, als der vom Bundesrat als Gegenvorschlag formulierte und schliesslich eingeführte Gleichstellungsartikel. U.a. wurden explizit gleiche Rechte und Pflichten in der Familie verlangt. Diese Formulierung wurde abgeschwächt und lässt Interpretationsspielraum zu: «Das Gesetz sorgt für ihre Gleichstellung, vor allem in Familie, Ausbildung und Arbeit.» Während die Ansprüche des gleichen Lohns und

ein halbes Jahr vor der Abstimmung war auf Bundesebene die Stabsstelle für Frauenfragen eingerichtet worden und sieben Jahre später folgte das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann. Bis 1990 wurden insgesamt zehn öffentliche Gleichstellungsfachstellen geschaffen.⁵⁷ Wirtschaftlich gesehen waren die 1980er Jahre eine Phase der Hochkonjunktur und des Arbeitskräftemangels. Die Institutionalisierung der Frauenbewegung in Form von Gleichstellungsbüros und die Verankerung der Gleichstellung in der Bundesverfassung trafen also auf einen ausgetrockneten Arbeitsmarkt, der dringend auf Arbeitskräfte angewiesen war. Die Integration der Frauen in den Erwerbsarbeitsmarkt wurde in der Folge zu einer zentralen Maxime der institutionalisierten Gleichstellungspolitik.

Allerdings konnten die Ehemänner bis zur Revision des Eherechts 1988 ihren Ehefrauen die Ausübung einer Berufsarbeit untersagen und waren im Gesetz als Familienoberhaupt festgeschrieben. Zu Recht verlangte die Frauenbewegung, auch unter Berufung auf den Gleichstellungsartikel, die Abschaffung dieser rechtlich verankerten Unterordnung von Ehefrauen unter ihre Ehemänner und die Abschaffung dieses Verbots. Formal wurden die Ehepartner*innen im neuen Eherecht einander in allen Belangen gleichgestellt: Sie hatten sich neu «über den Beitrag, den jeder von ihnen leistet, namentlich durch Geldzahlungen, Besorgen des Haushaltes, Betreuen der Kinder oder durch Mithilfe im Beruf oder Gewerbe des andern» zu verständigen.⁵⁸ Gleichzeitig veränderte sich mit der Revision aber auch der nacheheliche Unterhalt, der insbesondere für diejenigen Frauen von grosser Bedeutung war, die keine oder wenig Erwerbsarbeit leisteten und im Gegenzug den Haushalt besorgten sowie die gemeinsamen Kinder betreuten. Der nacheheliche Unterhalt bei einer Scheidung muss zwar nach wie vor auf die Arbeitsteilung während der Ehe abgestützt werden, gleichzeitig forderte das Gesetz neu aber auch die Prüfung einer möglichen beruflichen Eingliederung oder die Erhöhung des Erwerbsspensums der anspruchsberechtigten Person – also meistens der Ehefrau.⁵⁹

Die Rechtsprechung hatte sich allerdings bereits vor der Einführung des neuen Eherechts dahingehend verändert, dass materielle Ansprüche aus unbezahlter Arbeit, insbesondere der Kindererziehung, bei einer Scheidung abgebaut wurden – eine Tendenz, die sich nach der Revision des Eherechts weiter verstärkte und bis heute anhält.⁶⁰ So ist das verfügbare Haushaltseinkommen ge-

des Verbots der Diskriminierung am Arbeitsplatz mit dem Gleichstellungsgesetz 1996 konkretisiert wurden, fehlt bis heute ausserhalb des Eherechts eine gesetzliche Grundlage der Gleichstellung in der Familie.

57 Eidgenössische Kommission für Frauenfragen 2009: 6–7.

58 Schweizerisches Zivilgesetzbuch 2024: Art. 125.

59 Ebd.: Art. 163.

60 Muster 2022.

schiedener Frauen heute bedeutend tiefer, als noch in den 1990er Jahren, auch wenn heute ein wesentlich grösserer Anteil dieser Frauen erwerbstätig ist.⁶¹

Der Abbau von rechtlichen Hürden für die Erwerbstätigkeit der Frauen ging also einher mit einem Abbau der rechtlichen Absicherung unbezahlter Arbeit. Frauen konnten sich nicht mehr darauf verlassen, dass ihre unbezahlte Arbeit innerhalb einer Ehe materielle Ansprüche generierte. Diese Form der Gleichstellung bedeutete eine Abwertung der unbezahlten Arbeit von Frauen und erhöhte den Druck, trotz fehlender Kinderbetreuungsinfrastruktur, der wachsenden Doppelbelastung und den häufig tiefen Löhnen, erwerbstätig zu sein.

Neben staatlichen Institutionen entstanden in dieser Situation auch neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Frauenbewegten und Unternehmen, um dem Arbeitskräftemangel zu begegnen und die Frauen für den Arbeitsmarkt zu aktivieren, wie Sarah Probst das am Beispiel des 1986 gegründeten Netzwerks «Taten statt Worte», der Initiative für bessere Möglichkeiten von Frauen in der Arbeitswelt, exemplarisch aufgearbeitet hat.⁶² Das Netzwerk, initiiert durch Elisabeth Michel-Alder, galt als beispielhafte Initiative firmeneigener Frauenförderungsmassnahmen, um dem Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken. Auf der Seite der Frauen waren «die fehlenden Fortschritte bei der Umsetzung der Gleichberechtigung in der Arbeitswelt» ausschlaggebend für die Gründung.⁶³ Die Reaktionen innerhalb der Frauenbewegung fielen allerdings unterschiedlich aus: Vom BSF und dem Schweizerischen Verband der Berufs- und Geschäftsfrauen ausdrücklich unterstützt, waren in der *Emanzipation*, der Zeitschrift der Organisation für die Sache der Frau (OFRA), kritische Überlegungen zu lesen: Frauenförderung von oben könne nur denen oben dienen, hiess es etwa. Die Frauengruppe des Verbands des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) wurde noch deutlicher und warf dem Netzwerk vor, ein «Geschäft aus der Gleichberechtigung» zu machen, denn die Betriebe würden mehr von diesem Projekt profitieren als die Frauen.⁶⁴ So genossen Massnahmen zur Umgestaltung der Arbeitszeiten und Arbeitsformen (wie flexible Arbeitszeiten, Heimarbeit am Computer oder Teilzeitstellen für Frauen) eine hohe Priorität, nicht aber Massnahmen zur Entlastung von unbezahlter Arbeit (wie der Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten oder die Förderung von Teilzeitarbeit für Männer). Das Problem der sogenannten Vereinbarkeit respektive Unvereinbarkeit von Beruf und Familie wurde damit den Frauen zugewiesen, und die Verbesserung der beruflichen Möglichkeiten von Frauen wurde der Verbesserung der Gesamtleistung der Unternehmen untergeordnet. Frauenförderung sollte sich lohnen beziehungs-

61 Zimmermann, Kessler 2016: 37–39. Vgl. dazu auch Fluder, Kessler, Schuwey 2024.

62 Probst 2018: 161–187.

63 Joris, Witzig 2001: 574.

64 Probst 2018: 166.

weise über die Gestaltung der Arbeitsformen und -zeiten möglichst effizient organisiert werden, und die daraus entstandenen Vorteile konnten als Aushängeschild für die Standortwerbung genutzt werden.⁶⁵ So verbanden sich – nicht ganz ohne Widerstand, wie die genannten Zitate zeigen – «Frauenförderungsmaßnahmen» mit Wachstumszielen von Unternehmen. Nancy Fraser hat diese Entwicklung, rückblickend auf die Geschichte der Neuen Frauenbewegung, in Zusammenhang mit der «historischen Wesensveränderung des Kapitalismus» als «gefährliche Liebschaft» feministischer Anliegen mit neoliberalen Bestrebungen analysiert, welche die Durchsetzung neuer Organisationsformen des Kapitalismus, wie zum Beispiel die Flexibilisierung der Arbeitszeiten, in den Folgejahren begünstigte. Damit einher ging eine Neuorganisation des sogenannten bürgerlichen Geschlechtervertrags.⁶⁶

Die Erosion des bürgerlichen Geschlechtervertrags

Die Erosion des bürgerlichen Geschlechtervertrags wurde nicht nur durch die Frauenbewegung, die Revision des Eherechts, den Arbeitskräftemangel und den Strukturwandel hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft, sondern auch durch die Lohnentwicklung vorangetrieben. Bereits mit dem Konjunkturinbruch Mitte der 1970er Jahre verloren die Reallohnsteigerungen an Dynamik und brachen während der vergleichsweise langen Stagnationsphase der 1990er Jahre massiv ein, wie Jakob Tanner und Brigitte Studer festgestellt haben.⁶⁷ Männerlöhne gingen in den 1990er Jahren zudem stärker zurück als Frauenlöhne, was die Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern leicht verringerte. Spätestens ab den 1990er Jahren verlor der Ernährerlohn definitiv auch an materieller Substanz. Infolgedessen waren Haushalte, insbesondere mit Kindern, zunehmend auf ein zweites Einkommen angewiesen. Dies führte dazu, dass zeitliche Ressourcen aus den Haushalten verstärkt dem Erwerbsarbeitsmarkt zugeführt wurden, wodurch Unternehmen von der Mitfinanzierung dieser Ressourcen – zuvor durch den Ernährerlohn gewährleistet – entlastet wurden. Dieser Ressourcenabzug wurde in der Schweiz nicht sozialstaatlich kompensiert, wie das andernorts der Fall war. Sowohl die staatliche als auch die unternehmerische Mitfinanzierung von Infrastrukturen zur Entlastung von Haushalten, zum Beispiel für die Kinderbetreuung, sind hierzulande bis heute nur schwach ausgeprägt. In der deutschsprachigen Schweiz und insbesondere in grösseren Städten wie Zürich oder Bern ist die finanzielle Belastung der Haushalte durch ausserfamiliäre Kinderbetreuung deshalb sehr hoch. In der Westschweiz etablierte sich demgegenüber eine etwas

65 Ebd.: 174.

66 Fraser 2009: 49–51.

67 Tanner, Studer 2012: 649–650.

substanziellere Finanzierung durch die öffentliche Hand. Einzelne Kantone wie Genf, Neuchâtel und Waadt haben die Unternehmen zudem für die Mitfinanzierung der Kinderbetreuung in die Pflicht genommen. Auch wenn das Kinderbetreuungsangebot im städtischen Umfeld ab den 2000er Jahren stark ausgebaut wurde, während es in ländlichen Regionen bis heute ungenügend ist, bleibt die Zugänglichkeit durch die hohen Tarife bis heute eingeschränkt.

Im europäischen Vergleich ist die Schweiz absolutes Schlusslicht hinsichtlich der Höhe öffentlicher Ausgaben für die frühkindliche Kinderbetreuung inklusive Kindergärten.⁶⁸ Öffentlich subventioniert werden Betreuungsplätze häufig nur in Abhängigkeit vom Einkommen der Eltern und ihrem zusammengezählten Erwerbsspensum. So wird Eltern nur für den Anteil, den sie zusammen mehr als Vollzeit arbeiten, ein Teil der Betreuungskosten erlassen. Die Mitfinanzierung der Kinderbetreuung durch die öffentliche Hand ist ganz selbstverständlich auf den Bereich der Erwerbsarbeit beschränkt mit dem vordringlichen Ziel, die Erwerbsspensen der Frauen zu erhöhen. Andere Ziele, wie etwa die frühkindliche Bildung oder die Entlastung von Familien mit kleinen Kindern, werden hierzulande kaum diskutiert. Seit 2011 können zwar Steuerabzüge für die ausserfamiliäre Kinderbetreuung geltend gemacht werden, die sich in der Höhe je nach kantonaler Umsetzung aber massiv unterscheiden. Private Betreuungslösungen wie die Betreuung durch die Eltern, die Grosseltern oder andere Verwandte und Bekannte sind vom Steuerabzug ausgeschlossen. Auch andere Massnahmen und Dienstleistungen zur zeitlichen oder finanziellen Entlastung der Haushalte, wie Reinigungshilfen oder Unterstützung bei der Betreuung von kranken und älteren Angehörigen, sind im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern in der Schweiz hauptsächlich eine private Angelegenheit – sowohl in der Finanzierung⁶⁹ als auch in der Organisation respektive Ausübung dieser Tätigkeiten an sich.⁷⁰

68 Hoch 2021.

69 Zu berücksichtigen ist, dass die Organisation und Finanzierung der Pflege grosse kantonale Unterschiede ausweisen. Die Finanzierung besteht aus einem Mix aus privaten Mitteln, Mitteln der Krankenkassen und der öffentlichen Hand. Infolge der hohen Kosten für die Haushalte sind rund 60 Prozent der pflegebedürftigen Personen auf Ergänzungsleistungen angewiesen.

70 Belgien etwa kennt ein System der öffentlichen Subventionierung von Gutscheinen für die Haushalte für Haushaltshilfen, Reinigung oder ähnliches. In den skandinavischen Ländern sind sowohl Kinderbetreuung wie auch das Gesundheitssystem und die Pflege und Betreuung von älteren Menschen weitgehend öffentlich über die Steuereinnahmen des Staates finanziert. Auch die private Übernahme dieser Aufgaben wird mittels öffentlicher Gelder bezahlt: Finnland etwa kennt ein einigermassen ausgebautes System der öffentlichen Entschädigung von privater Kinderbetreuung, und auch Frankreich fördert haushaltsnahe Dienstleistungen mit öffentlichen Geldern.

Die zeitlichen Ressourcen aller Personen sind jedoch begrenzt. Wenn also ein immer grösserer Anteil dieser Ressourcen für Erwerbsarbeit aufgewendet werden muss, wächst entsprechend die Nachfrage nach (bezahlbaren) personenbezogenen und haushaltsnahen Dienstleistungen und Konsumgütern, welche die Haushalte zeitlich entlasten. Dadurch entstehen wiederum schlecht entlohnte Erwerbsarbeitsplätze zum Beispiel in der Kinderbetreuung, und diese werden in erster Linie von Frauen eingenommen. Strukturell setzt sich damit die Verteilung von Arbeit qua Geschlecht in neuer Form fort: Männer sind bis heute tendenziell in hohen Pensen, auf besser entlohnenden und besser abgesicherten Erwerbsarbeitsplätzen in der Industrie und im nicht-personenbezogenen Dienstleistungswesen tätig, während Frauen tendenziell Teilzeit arbeiten und häufig weitaus unsicherere Bedingungen und tiefere Löhne im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen in Kauf nehmen müssen. Darüber hinaus bleiben sie weiterhin zuständig für den grössten Teil der unbezahlten Haus- und Familienarbeit. Für Frauen ohne Kinder bedeutet das aktuell, dass sie rund 50 Stunden pro Woche unbezahlte und bezahlte Arbeit leisten – Mütter arbeiten rund 70 Stunden pro Woche.⁷¹ Diese Arbeitsrealitäten können die Möglichkeiten für gesellschaftliche und politische Teilhabe – durch fehlende finanzielle Mittel und Zeitressourcen – erheblich beeinträchtigen.⁷² Tove Soiland thematisiert diese Entwicklung unter dem Begriff «Landnahme der individuellen und sozialen Reproduktion» und betont die Bedeutung dieses neuen Wechselverhältnisses zwischen bezahlter und unbezahlter «Reproduktionsarbeit» für die Analyse der Gegenwart: «Was heute in durchaus emanzipativer Absicht als Adult-Worker-Modell mit seiner Norm der individuellen Existenzsicherung erscheint, ist streng genommen nichts anderes als eine fundamentale Neuordnung der Weise, wie Menschen in westlich-kapitalistischen Gesellschaften gezwungen sind, sich zu reproduzieren.»⁷³ Denn die Entlastung von Haushalten durch Dienstleistungen und/oder Konsumgüter muss grösstenteils aus dem Haushaltseinkommen finanziert werden. Durchschnittlich verfügen die Haushalte aber nicht über ausreichende finanzielle Mittel, um die Dienstleistungen angemessen zu bezahlen. Dies führt unter anderem dazu, dass die Löhne im Bereich der personenbezogenen und haushaltsnahen Dienstleistungen niedrig bleiben, solange diese nicht (genügend) öffentlich finanziert werden. Um Staatsausgaben niedrig zu halten und für das Wachstum der Wirtschaft sind diese Prozesse hingegen zuträglich. Einerseits verursachen sinkende Reallöhne tiefere Produktionskosten, andererseits lassen marktförmig organisierte hauswirtschaftliche und personenbezogene Tätigkeiten das BIP durch den gesteigerten Konsum von solchen Gütern und Dienstleistun-

71 Bundesamt für Statistik 2021.

72 Vgl. Küng 2024: 265–292.

73 Soiland 2017.

gen und die Beschäftigung wachsen, ohne dabei die öffentlichen Budgets zu belasten.

Die Ökonomin Mascha Madörin stellt in einem europäischen Vergleich staatlicher Budgetpolitiken denn auch eine chronische Unterfinanzierung der personenbezogenen Arbeit in der Schweiz mit «gravierenden Folgen» für die Einkommenssituation der Frauen fest. 2018 erzielten «Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahren rund 100 Milliarden Franken weniger Bruttoeinkommen durch Erwerbsarbeit als Männer» – mit entsprechenden Auswirkungen auf ihre Renten.⁷⁴ Nur etwas mehr als 20 Prozent dieser riesigen Einkommenslücke lassen sich durch den *Gender Pay Gap* erklären. Knapp 80 Prozent sind auf unzureichende öffentliche Finanzierung von sozialen Dienstleistungen und Infrastruktur zurückzuführen. Für Frauen wiegen diese fehlenden Mittel besonders schwer, da sie überdurchschnittlich viel schlecht bezahlte und unbezahlte personenbezogene Arbeit leisten. «Im europäischen Vergleich gehen die Schweizer Politiker*innen sehr knauserig mit Staatsfinanzen um, wenn es darum geht, Frauen von ihrer unbezahlten Arbeit zu entlasten, sie teilweise zu bezahlen und die bezahlte Care-Arbeit adäquat zu entlohnen», konstatiert Madörin.⁷⁵ Diese spezifische Form der Erwerbsbeteiligung von Frauen bei gleichzeitig schwach finanzierten Angeboten zur Entlastung von unbezahlter Arbeit, verbunden mit dem Abbau rechtlicher Absicherung von Ehefrauen und der praktisch nicht vorhandenen Umverteilung der unbezahlten Arbeit zwischen den Geschlechtern, kann durchaus als siegreiche Vereinnahmung von feministischen und gleichstellungspolitischen durch wirtschaftsliberale und «neopatriarchale»⁷⁶ Interessen gedeutet werden. Tatsächlich konnte der Konjunktureenbruch in der Stagnationsphase der 1990er Jahre dank der Zunahme der Teilzeiterwerbsquote der Frauen – ganz im Sinne von Frauenförderung ist Wirtschaftsförderung – vermindert werden.

Gleichheit statt Gleichstellung

In der Folge des ersten landesweiten Frauenstreiks von 1991 trat 1996 das Gleichstellungsgesetz in Kraft, das endlich wirksame Mittel gegen die anhaltenden Lohnlücken und weitere diskriminierende Praktiken bieten sollte. Zur Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes führte der Bund Finanzhilfen für Gleichstellungsprojekte ein. Die Projekte im Bereich Erwerbsarbeit fokussierten von Beginn an auf freiwillige und unverbindliche Programme zur Sensibilisierung und Selbstverpflichtung von Unternehmen. Die Soziologin Lucia Lanfranconi erklärt dies mit den fehlenden Durchsetzungskompetenzen der Gleichstellungs-

74 Madörin 2023: 9

75 Ebd.

76 Böllinger 2022.

stellen gegenüber Unternehmen. Gleichstellungsakteur*innen müssen daher auf betriebliche Gleichstellungsmassnahmen ausweichen und deren wirtschaftlichen Nutzen betonen. Erwerbsarbeit wird «zum primären Ort von Selbstbestimmung und -verwirklichung für alle Frauen verklärt». ⁷⁷ Lanfranchi spricht deshalb von einem «Wirtschaftsnutzendiskurs». Das «Aktionsprogramm Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Berner KMU», das von der Fachstelle für Gleichstellung von Frauen und Männern und der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern als Teil der «Wachstums- und Wirtschaftsstrategie 2025» initiiert wurde, zeige das sehr deutlich. Ziel des Projektes ist es, das Wirtschaftswachstum im Kanton Bern zu erhöhen. Die Geschlechtergleichstellung werde dabei Mittel zum Zweck, von dem schlussendlich alle «profitieren» könnten. ⁷⁸

Die Politikwissenschaftlerin Gesine Fuchs stellte bei der Untersuchung beruflicher Gleichstellungspolitiken im parlamentarischen Kontext des Bundes ähnliches fest: Vorstösse und Vorlagen zur Gleichstellungspolitik sind zwischen 1996 und 2011 überproportional gestiegen und haben sich auf Themen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie (27 Prozent der Vorstösse) und der Erwerbsarbeit (23 Prozent der Vorstösse) fokussiert. ⁷⁹ Die Argumentation veränderte sich dabei im Lauf der Zeit und beschränkte sich immer mehr auf die bessere Integration hochqualifizierter Frauen in die Erwerbsarbeit. Dies stimme mit Trends zur «Ökonomisierung der Gleichstellungsfrage» und «Elitenfokussierung» überein, konstatiert Fuchs. Das Thema der Vereinbarkeit zeichne sich dabei durch eine breite Zustimmung quer durch alle politischen Lager aus. Verbunden mit der zunehmenden Betonung des ökonomischen Nutzens der Gleichstellung bedeute dies, dass eine substantielle Repräsentation im politischen Diskurs vorwiegend für gut ausgebildete und gut bezahlte Frauen stattfinde, deren Handlungsmöglichkeiten gestärkt würden. ⁸⁰

Den beruflichen Gleichstellungspolitiken, namentlich den Massnahmen zur Stärkung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, habe eine «neue sozialliberale Koalition zum Durchbruch verholfen», stellten die Mitglieder der Steuerungsgruppe des Nationalen Forschungsprogramms «Gleichstellung der Geschlechter» (NFP 60) 2014 fest. Und weiter: «Neben den traditionell gleichstellungspolitischen Anliegen gegenüber aufgeschlossenen linken Kreisen unterstützen auch wirtschaftsnahe bürgerliche Kreise Massnahmen, die dazu geeignet sind, Frauen einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt zu eröffnen. Aufgrund des stetig wachsenden Bildungsstandes will sich die Wirtschaft den Zugriff auf die gut qualifizierten weiblichen Arbeitskräfte nicht durch familiäre

⁷⁷ Lanfranchi 2014: 325–326.

⁷⁸ Ebd.: 333.

⁷⁹ Fuchs 2015: 77.

⁸⁰ Ebd.: 81.

Verpflichtungen nehmen lassen.»⁸¹ Diese Betonung des wirtschaftlichen Nutzens von Gleichstellung reproduziert aber auch gesellschaftliche Machtverhältnisse: Weil Männer oft Entscheidungsmacht haben, sollen sie durch ökonomische Argumente überzeugt werden und nicht etwa durch feministische Anliegen, wie die Förderung der Selbstbestimmung oder den Abbau der zunehmenden Doppelbelastung von Frauen. Massnahmen wie die Bestrafung diskriminierender Praktiken durch Bussen oder Lohnerhöhungen über gesetzliche Regelungen im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen stossen bis heute auf erhebliche Widerstände. Ebenso hat der umfassende Auf- und Ausbau von Massnahmen und Infrastrukturen zur Entlastung und Finanzierung von unbezahlter Arbeit immer noch kaum Chancen auf eine Umsetzung. Die alten und gleichzeitig immer noch aktuellen Forderungen der Frauenbewegung nach besseren Löhnen, besseren (Teilzeit-)Arbeitsbedingungen, nach dem Ausbau von Tagesschulen und Kindertagesstätten und nach Anerkennung der unbezahlten Arbeit wurden endgültig wirtschaftsliberalen Anliegen geopfert. Der Arbeitsmarkt wurde damit zum Ort der Befreiung der Frauen und zum zentralen Hebel für eine Geschlechterordnung, die in erster Linie die Gleichheit der Geschlechter – gemessen an den Lebens- und Erwerbseinstwürfen von Männern – erreichen will.

Feministische Wachstumskritik

Seit der Industrialisierung interessierten sich Frauen und Frauenbewegungen dafür, wie das Verhältnis von Kapitalismus und Geschlechterordnung zu denken sei. In den 1970er Jahren argumentierten die Vertreterinnen der «Hausarbeitsdebatte», Hausarbeit in ihrer modernen Ausprägung und die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung hätten sich erst mit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise im 20. Jahrhundert etabliert.⁸² Claudia von Werlhof, Maria Mies und Veronika Bennholdt-Thomsen haben mit der «Bielefelder Subsistenztheorie» bereits in den 1980er Jahren geltend gemacht, dass für kapitalistisches Wachstum Teile des Lebens systematisch externalisiert beziehungsweise «exterritorialisert» und deren freie Verfügbarkeit für den kapitalistischen Produktionsprozess naturalisiert werden müssen. Frauen werden dadurch mit allem, was sie an Leben, Gütern und Leistungen hervorbringen, für den kapitalistischen Produktionsprozess zur un- oder unterbezahlten, dauerhaft verfügbaren und ausbeutbaren Naturressource – zu «Kolonien des weissen Mannes».⁸³ In der feministischen Rezeption gelten «die Bielefelderinnen» als Mütter der modernen Wachstumskritik. Allerdings werden erst in jüngster Zeit wieder wachstumskri-

81 Widmer; Fuchs, Zollinger 2014: 17.

82 Vgl. Bock, Duden 1977: 118–199.

83 Vgl. Werlhof, Mies, Bennholdt-Thomsen 1983.

tische Beiträge veröffentlicht, welche die Bedeutung der unbezahlten Arbeit und die Wechselwirkungen zwischen Produktion und Reproduktion zu verstehen versuchen, unter anderem mit der Feststellung, dass unbezahlte Arbeit bedeutenden Anteil an der Produktion von Wohlstand und Lebensstandard habe.⁸⁴ Unter diesem Blickwinkel ist es relevant, wie viel Zeit den Haushalten für die unbezahlte Hausarbeit zur Verfügung steht. Immer mehr Erwerbsarbeit unter den heutigen Bedingungen ist deshalb keine Lösung.

Darüber hinaus weisen diese Arbeiten auf Lücken in den Wachstumsdebatten hin, denn durch fehlende Instrumente in den gängigen Wirtschaftsanalysen wird der Beitrag der unbezahlten Arbeit zum Wirtschaftswachstum bis heute nicht quantifiziert. Ein Wachstum des BIP bedeutet nicht per se, dass etwas Neues mit Mehrwert geschaffen wird. Es kann auch schlicht daraus resultieren, dass Tätigkeiten von ausserhalb der gemessenen Wirtschaftsleistung (also unbezahlt) nach innerhalb (bezahlt) verschoben werden. Dieses «Pseudo-Wachstum» ändert weder etwas an der ökonomischen Leistung eines Landes noch am Volumen der geleisteten Arbeit insgesamt.⁸⁵ Jakob Tanner und Brigitte Studer haben schon für die Jahre des wirtschaftlichen Aufschwungs darauf hingewiesen, ein Teil dieses Wachstums sei schlicht auf die Umwandlung von hauswirtschaftlichen Tätigkeiten zu Konsumgütern zurückzuführen und deshalb nur eine Verschiebung der Wertschöpfung von den Haushalten hin zu marktwirtschaftlichen Tauschprozessen. Die Wertschöpfung in den Haushalten respektive deren Veränderung, die aus «historischer Perspektive von grosser Bedeutung» sei, könne deshalb nicht angemessen thematisiert werden, weil Haushalte in makroökonomischen Betrachtungsweisen lediglich als Konsumeinheiten gemessen würden.⁸⁶

Diese wirtschaftstheoretische Lücke macht sich auch in der Frage des Beschäftigungswachstums und der Finanzierung von Arbeit bemerkbar. Betrachtet man die Zu- respektive Abnahme der Beschäftigung nach Wirtschaftssektoren von 1991 bis 2022, wird deutlich, dass das Wachstum bei der Beschäftigung von Frauen vorwiegend auf einem Anstieg des Arbeitsvolumens in den Bereichen «Gesundheits- und Sozialwesen», «Erziehung und Unterricht» sowie «Kunst, Unterhaltung, private Haushalte mit Hauspersonal und sonstige personenbezogene Dienstleistungen» basierte.⁸⁷ Die Beschäftigung der Männer hingegen hat sich teilweise von der Industrie in die nicht-personenbezogenen Dienstleistungen «Information und Kommunikation», «Immobilien und sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen» sowie «Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen» verschoben. Betrachtet man die Bruttowertschöpfung – unter anderem ein Indikator für das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, aber auch

84 Herrigel, Peter 2021: 47–59; Dengler 2020; Bauhardt, Çağlar, Riegraf 2017.

85 Knobloch 2019: 19.

86 Tanner, Studer 2012: 637.

87 Bundesamt für Statistik 2023a.

für die Löhne relevant – nach diesen Wirtschaftsabschnitten, fällt auf, dass die wertschöpfungsstarken Sektoren mehr männliche Beschäftigte aufweisen, während die wertschöpfungsschwachen Sektoren, insbesondere im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen, von Frauen dominiert sind.⁸⁸ Im Unterschied zu den wertschöpfungsstarken Wirtschaftsabschnitten, wo die Arbeitsprozesse durch technologische Innovation rationalisiert und die Produktivität erhöht werden können, benötigen personenbezogene Dienstleistungen in erster Linie Zeit. Eine Produktivitätssteigerung wie beispielsweise die Betreuung einer steigenden Anzahl von Kindern durch immer weniger Betreuungspersonal ist hier stark begrenzt. Es besteht eine eindeutige Grenze für die Anzahl von Kindern, die eine Person betreuen kann. Wird diese Grenze überschritten, sind vernachlässigte Kinder die Folge und nicht eine Produktivitätssteigerung, wie Susan Donath im Rahmen ihrer Überlegungen für eine eigenständige feministische Ökonomie festgestellt hat.⁸⁹

Seit Ende der 1990er Jahre hat sich unter dem Stichwort «Care-Ökonomie» oder «Sorge-Wirtschaft» international eine Weiterentwicklung der feministischen politischen Ökonomie etabliert.⁹⁰ Für die Schweiz hat die Ökonomin Mascha Madörin hier bedeutende Grundlagenarbeit geleistet.⁹¹ Mit der Feststellung, dass beispielsweise Autos immer schneller produziert, aber Menschen nicht immer schneller gepflegt und Kinder nicht immer schneller ins Bett gebracht werden können, fasst sie die «eigene ökonomische Logik» der personenbezogenen Dienstleistungen zusammen. Es steckt also eine andere Wachstumsfrage in den personenbezogenen Dienstleistungen, mit denen kaum – oder zumindest nicht im grossen Stil – Kapital akkumuliert und folglich auch nicht reinvestiert, abgeschöpft oder in Form von höheren Löhnen an die Angestellten weitergegeben werden kann. Personenbezogene Dienstleistungen sind auf andere Quellen der Finanzierung angewiesen. Werden sie nicht genügend öffentlich finanziert, tragen die Haushalte die Kosten zu einem grossen Teil selber. Wirtschaftspolitisch wird verstärkt seit den 1990er Jahren genau hier angesetzt und versucht, die öffentlichen Kosten für personenbezogene Arbeit zu senken. Dies zeigt sich beispielsweise in der Einführung von Vorschriften, die exakt bestimmen, wie lange eine bestimmte Pflerätätigkeit dauern darf, oder wenn Betreuungsschlüssel in Kindertagesstätten verschlechtert werden. Jede Beschleunigung der personenbezogenen Dienstleistungen hat aber Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen und die Qualität der Dienstleistungen. Dies ist ein grosses Problem für alle –

⁸⁸ Bundesamt für Statistik 2023b. Diese Veränderungen müssten noch viel genauer untersucht werden, denn so ist zum Beispiel der Anteil an der Bruttowertschöpfung im Gesundheits- und Sozialwesen seit 1995 gestiegen. Im Verhältnis ist sie aber nach wie vor eher klein.

⁸⁹ Donath 2014: 171.

⁹⁰ Zum Beispiel Berik, Kongar 2021; Knobloch 2019; Madörin 2006: 277–297.

⁹¹ Madörin 2019: 89–119; dies. 2011: 56–70; dies. 2010: 81–103; dies. 2007: 141–162.

mehrheitlich Frauen – die im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen arbeiten: Sie spüren den Kostendruck tagtäglich als Zeit- und Lohndruck. Das führt aktuell zur bemerkenswerten Situation, dass von ein und denselben politischen Akteur*innen gerade in den personenbezogenen Dienstleistungen einerseits nach weiblichen Fachkräften gerufen wird, andererseits die öffentlichen Mittel für diese Arbeit aber möglichst knapp gehalten werden.

Der derzeitige Schwerpunkt der institutionalisierten Gleichstellungspolitik, der sich auf (Lohn-)Diskriminierung im Erwerbsleben konzentriert, greift nur einen kleinen Teil des Problems auf. Die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt allein reicht nicht, um Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen; und er ignoriert weitgehend die Erkenntnisse der feministischen Wachstumskritik, wonach wirtschaftliches Wachstum nicht nur durch bezahlte Erwerbsarbeit, sondern wesentlich auch durch unbezahlte Arbeit ermöglicht wird. Entscheidend ist daher die Frage, wer zukünftig unter welchen Bedingungen unbezahlte und bezahlte personenbezogene Arbeit leisten soll, da diese Arbeit wesentlich zum Wohlstand und zur Lebensqualität aller beiträgt.

Feministisches und nachhaltiges Wirtschaften

Die Debatten der 1970er Jahre, die von einer breiten feministischen Kritik am Arbeitsbegriff, der Einbindung von Frauen in den Arbeitsmarkt und der Politisierung von Hausarbeit geprägt waren, haben sich zunehmend in Richtung eines reinen «Wirtschaftsnutzendiskurses» verschoben. Damit verbunden ist die Vorstellung, dass Gleichstellung in erster Linie gleich viel Erwerbsarbeit für alle bedeutet. Die Bedeutung der Haus- und Familienarbeit ist weitgehend aus dem politischen Aushandlungsprozess verschwunden. Tove Soiland fasste diese Entwicklung folgendermassen zusammen: «Ohne das ältere, fordistische Zeitalter verteidigen zu wollen: Es scheint mit seiner konservativen Familienideologie wenigstens noch akzeptiert zu haben, dass es diese Tätigkeiten gibt und dass sie notwendig sind. Im Zuge der Emanzipation der Frauen wurde diese Akzeptanz des füreinander Sorgens jedoch in den Hintergrund gedrängt.»⁹² Der einseitige Fokus auf Erwerbsarbeit als Mittel zur Gleichstellung zwingt Frauen in eine doppelte Arbeitsbelastung unter schlechten Bedingungen. Unbezahlte Arbeit wird weiterhin überwiegend von Frauen geleistet, während sie zugleich prekärere Arbeitsbedingungen als Männer akzeptieren müssen. Frauen sind heute stärker von unsicheren Arbeitsverhältnissen betroffen, die jedoch gleichzeitig die bestehenden Produktionsverhältnisse stabilisieren, das BIP steigern und konstitutiv für die gegenwärtige Geschlechterordnung sind. Politiken, die Gleichstellung als Werkzeug für weiteres Wirtschaftswachstum instrumentalisieren, vernachlässi-

92 Soiland 2017: 1.

gen die Bedeutung von personenbezogener Arbeit für Wirtschaft und Gesellschaft – sprich die Arbeit von Frauen. In Zeit gerechnet ist die personenbezogene Arbeit heute der grösste Teil der Wirtschaft, wobei ein erheblicher Anteil dieser Arbeit unbezahlte Tätigkeiten umfasst. Da Frauen den Grossteil dieser Arbeit leisten, ist es gleichstellungspolitisch entscheidend, welche Formen von Arbeit in gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Debatten berücksichtigt werden und welche nicht. Für echte Geschlechtergerechtigkeit bedarf es eines grundlegenden Umdenkens in der Organisation und Finanzierung dieser Arbeit. Denn personenbezogene Dienstleistungen zeichnen sich durch begrenzte Möglichkeiten zur Reduktion von Arbeitszeit und Arbeitskosten aus. Daraus resultiert eine besondere Abhängigkeit von öffentlicher Finanzierung. Wo sie (weiterhin) ungenügend bleibt oder sogar gänzlich fehlt, spitzt sich auch die soziale Ungleichheit weiterhin zu: die Arbeitsbedingungen verschlechtern sich und der Zugang zu personenbezogenen Dienstleistungen wird (noch mehr) eingeschränkt.

Dieses Umdenken wäre zudem auch für nachhaltiges Wirtschaften von Bedeutung. Denn der Ausbau von öffentlich finanzierten Bereichen wie Bildung, Gesundheitswesen, Soziale Arbeit und Kinderbetreuung führt dazu, dass mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, die einen wesentlichen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten. Gleichzeitig treibt dieser Ausbau die Zerstörung der ökologischen Lebensgrundlagen nicht in vergleichbar hohem Masse voran wie andere Produktionsbereiche. Das Wachstum der personenbezogenen Dienstleistungen ist deshalb ein wünschenswertes Wachstum – vorausgesetzt, es werden die nötigen Ressourcen für anständige Löhne und genügend Personal respektive genügend Zeit zur Verfügung gestellt.⁹³ Andernfalls werden die bestehenden Ungleichheiten fortbestehen, und der Preis dafür wird weiterhin überwiegend von Frauen bezahlt werden. Anders als in Sektoren mit steigender Arbeitsproduktivität wächst die Beschäftigung in personenbezogenen Dienstleistungen ausserdem überdurchschnittlich stark. Welche Auswirkungen diese Verschiebung von sogenannten wertschöpfungsstarken zu arbeitsintensiven Bereichen auf die Wachstumsdynamik hat, ist bislang aber kaum Thema von Politik und Wissenschaft. Im Gegenteil: das Wachstum des BIP wird weiterhin als gängiger Indikator für wirtschaftlichen Erfolg herbeigezogen, obwohl dieses Instrument weder die Verschiebung von Arbeit noch die Arbeitsbedingungen oder die Produktivität der Haushalte abbildet. Fragen nach sozialer Gerechtigkeit, der Verteilung von Wohlstand oder nach dem Lebensstandard können deshalb nicht beantwortet werden. Dabei sind es gerade diese Fragen, die im Zusammenhang mit der Geschlechterordnung, dem Wirtschaftswachstum und personenbezogener Arbeit einer kollektiven gesellschaftlichen Auseinandersetzung bedürfen. Vergangene und gegenwärtige feministische Analysen könnten für viele dieser

93 Vgl. dazu Wehrli, Katharina 2022: 5; Herrigel, Peter 2021: 53–54.

gesellschafts- und wirtschaftspolitisch relevanten Debatten fruchtbar gemacht werden.

Quellen

- Advanced. Gender Equality in Business (Hg.): Kind oder Karriere? Die Schweiz im unnötigen Dilemma. Jenseits von Karriereunterbrechungen und Teilzeit: Was getan werden muss, damit die Ambition der Schweiz für mehr Frauen im Kader Realität wird. Zürich November 2022.
- Alliance F: Gleichstellungslegislativprogramm 2023–2027, ohne Datum, <https://de.alliancef.ch/legprogramm-vereinbarkeit-von-familie-und-beruf>, abgerufen am 14.02.2025.
- Angehrn, Céline; Isler, Simona: Feministische Perspektiven auf Arbeit. In: Verein Feministische Wissenschaft Schweiz (Hg.): Erinnerungsrbeit. FemInfo 50. Dezember 2018: 26–32.
- Arn, Karoline: Christoph Mäder: Economiesuisse will Strategie statt Krisenmodus. In: srf Tagesgespräch, 02.02.2023, <https://www.srf.ch/audio/tagesgesprach/christoph-maeder-economiesuisse-will-strategie-statt-krisenmodus?id=12329419>, abgerufen am 14.04.2024.
- Böllinger, Lena: Feminismus: Das Patriarchat ist nicht vorbei, sondern sieht nur moderner aus. In: Berliner Zeitung, 10.08.2022, <https://www.berliner-zeitung.de/open-mind/feminismus-das-patriarchat-ist-nicht-vorbei-sondern-sieht-nur-anders-aus-li.253732>, abgerufen am 04.05.2024.
- Brüngger, Anna Regula: Die Bewertung des Arbeitsplatzes in privaten Haushalten. Stiftung für die Erforschung der Frauenarbeit und Bund Schweizerischer Frauenorganisationen (Hg.): Zürich 1977.
- Bühler, Elisabeth; Heye, Corinna: Fortschritte und Stagnation in der Gleichstellung der Geschlechter 1970–2000. Eidgenössische Volkszählung 2000. Bundesamt für Statistik (Hg.): Neuchâtel 2005.
- Bundesamt für Statistik: Erwerbsquote gemäss Volkszählung, als Mail am 17.04.2024 an die Autorin (= Bundesamt für Statistik 2024a).
- Bundesamt für Statistik: Erwerbsquoten, 05.03.2024, <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/gleichstellung-frau-mann/erwerbs-taetigkeit/erwerbsbeteiligung.assetdetail.30765549.html>, abgerufen am 15.04.2024, (= Bundesamt für Statistik 2024b).
- Bundesamt für Statistik: Wirtschaftssektor und -abschnitt, 2024, <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb/erwerbstaetigkeit-arbeitszeit/merkmale-arbeitskraefte/wirtschaftsabschnitt.html>, abgerufen am 02.05.2024, (= Bundesamt für Statistik 2024c).
- Bundesamt für Statistik: Tatsächliches jährliches Arbeitsvolumen nach Geschlecht, Nationalität, Beschäftigungsgrad, Wirtschaftsabschnitten, Wirtschaftssektoren, Erwerbsstatus und Grossregionen, 22.05.2023, <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb/erhebungen/avol.assetdetail.25045898.html>, abgerufen am 09.05.2024. (= Bundesamt für Statistik 2023a)
- Bundesamt für Statistik: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Produktionskonto, 2023, <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/volkswirtschaft/volkswirtschaftliche-gesamtrechnung/produktionskonto.html>, abgerufen am 09.05.2024. (= Bundesamt für Statistik 2023b)

- Bundesamt für Statistik: Durchschnittlicher Aufwand für Erwerbsarbeit, Haus- und Familienarbeit und Freiwilligenarbeit nach Geschlecht und Familiensituation, 20.05.2021, www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.assetdetail.17124513.html, abgerufen am 26.01.2025.
- Bundesamt für Statistik: Legislaturindikator: Erwerbsquote der Frauen, ohne Datum, <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/querschnittsthemen/monitoring-legislaturplanung/indikatoren/erwerbsquote-frauen.html>, abgerufen am 14.02.2025.
- Eidgenössische Kommission für Frauenfragen: 3.1 Gleiche Rechte für Frau und Mann: Institutionelle Gleichstellungspolitik. In: Frauen Macht Geschichte 1848–2000, 10.02.2009, https://www.ekf.admin.ch/dam/ekf/de/dokumente/frauen_macht_geschichte/3_1_gleiche_rechtfuerfrauundmanninstitutionellegleichstellungsp.pdf.download.pdf/3_1_gleiche_rechtfuerfrauundmanninstitutionellegleichstellungsp.pdf, abgerufen am 17.04.2024.
- Elsasser-Rusterholz, Beatrix: Die Erwerbstätigkeit der Frau in der Schweiz. In: Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung, Nr. 12, 22.03.1973: 201–203.
- European Institute für Gender Equality (ed.): Economic Benefits of Gender Equality in the EU: EU and EU Members States overviews. Luxemburg 02.06.2017, <https://eige.europa.eu/publications-resources/publications/economic-benefits-gender-equality-eu-eu-and-eu-member-states-overviews>, abgerufen am 11.04.2024.
- Held, Thomas; Levy, René: Die Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft: Eine soziologische Analyse am Beispiel der Schweiz. Soziologie in der Schweiz. Bd. 1. Frauenfeld 1974.
- Held, Thomas: Frauenarbeit und Beschäftigungspolitik. In: Gewerkschaftliche Rundschau. Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes 67/3–4 (1975): 88–99.
- Hoch, Nadine: Finanzierung der institutionellen Kinderbetreuung und Elterntarife. In: Soziale Sicherheit CHSS, 08.10.2021, <https://sozialesicherheit.ch/de/finanzierung-der-institutionellen-kinderbetreuung-und-elterntarife/>, abgerufen am 16.04.2021.
- Kita-Initiative: <https://gute-kitas.ch/um-was-gehts/>, abgerufen am 21.08.2024.
- Leuthard, Doris: Starke Frauen braucht die Wirtschaft! Rede am Foire du Valais, Journée du l'économie, Martigny 06.10.2006, <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-7631.html>, abgerufen am 11.04.2024.
- Madörin Mascha: Unnötig knausriger Staat. In: Moneta. Magazin für Geld und Geist. Knappheit. #4 2023: 7–9.
- McEvily, Patrik: Die ausbleibende Gleichstellung hat ihren Preis. In: srf News Schweiz, 29.11.2022, <https://www.srf.ch/news/schweiz/schweizer-studie-die-ausbleibende-gleichstellung-hat-ihren-preis>, abgerufen am 14.4.2024.
- Mergele, Lukas; Kaiser, Boris; Wehrli, Damian: Die langfristige Entwicklung von Arbeit, Freizeit und Produktivität in der Schweiz. Staatssekretariat für Wirtschaft SECO (Hg.): Grundlagen für die Wirtschaftspolitik Nr. 45, Bern 2024.
- Muster, Simon: Gleichstellung durch weniger Geld – geht das? In: Das Lamm, 13.05.2022, <https://daslamm.ch/gleichstellung-durch-weniger-geld-geht-das/>, abgerufen am 05.05.2024.
- Schnellbauer, Patrick: Frauen für die Wirtschaft. In: Avenir Suisse (Hg.), Blog, 09.01.2017, <https://www.avenir-suisse.ch/eine-3-saeulen-strategie-fuer-mehr-frauen-in-der-wirtschaft/>, abgerufen am 11.04.2024.
- Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung: Durch die Hintertür zum inakzeptablen «Hausfrauenlohn»? No. 6, 08.02.1979: 115.
- Schweizerisches Zivilgesetzbuch. In: Systematische Rechtssammlung, Stand 01.01.2024, https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/24/233_245_233/de, abgerufen am 05.05.2024.

SECO: Daten zur Studie von Mergele, Lukas; Kaiser, Boris; Wehrli, Damian: Die langfristige Entwicklung von Arbeit, Freizeit und Produktivität in der Schweiz. Staatssekretariat für Wirtschaft SECO (Hg.): Grundlagen für die Wirtschaftspolitik Nr. 45, Bern 2024, 20.02.2024, https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/Publikationen_Dienstleistungen/Publikationen_und_Formulare/Strukturwandel_Wachstum/Wachstum/wp_45_entwicklung_arbeit_freizeit_produk.html, abgerufen am 15.04.2024.

Sekundärliteratur

- Angehrn, Céline: Arbeit am Beruf. Feminismus und Berufsberatung im 20. Jahrhundert. Basel 2019.
- Bauhardt, Christine; Çağlar, Gülay; Riegraf, Brigitte: Ökonomie jenseits des Wachstums – feministische Perspektiven auf die (Post)Wachstumsgesellschaft (Feministische Studien 35/2). Berlin, Boston 2017.
- Baumol, William: The Cost Disease. Why Computers Get Cheaper and Health Care Doesn't. New Haven. London 2012.
- Bähler, Anna: Die Veränderung des Arbeitsplatzes Haushalt durch das Eindringen der Haushaltstechnik, 1930–1980. In: Pfister, Ulrich; Studer, Brigitte; Tanner, Jakob (Hg.): Arbeit im Wandel. Organisation und Herrschaft vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Zürich 1996: 171–192.
- Berik, Günseli; Kongar, Ebru (Hg.): The Routledge Handbook of Feminist Economics. Abingdon, New York 2021.
- Bock, Gisela; Duden, Barbara: Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit: Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus. In: Gruppe Berliner Dozentinnen (Hg.): Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur 1. Sommeruniversität für Frauen. Berlin 1977: 118–199.
- Dengler, Corinna: Feminist Futures: Was Degrowth von feministischer Wissenschafts-, Wirtschafts- und Wachstumskritik lernt. Kumulative Dissertation Universität Vechta. Vechta 2020.
- Donath, Susan: Die andere Wirtschaft: Vorschlag für eine eigenständige feministische Ökonomie. In: Denknetz Jahrbuch 2014: 167–177.
- Fluchtmann, Jonas; Keese, Mark; Adema, Willem: Gender equality and economic growth: Past progress and future potential. OECD Social, Employment and Migration Working Papers, No. 304. Paris 08.03.2024, DOI: <https://doi.org/10.1787/fb0a0a93-en>, abgerufen am 26.01.2025.
- Fluder, Robert; Kessler, Dorian; Schuwey, Claudia: Scheidung als soziales Risiko. Analyse zu den institutionellen Rahmenbedingungen und den geschlechterspezifischen Folgen von Ehetrennungen in der Schweiz. Zürich 2024.
- Fraser, Nancy: Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 8 (2009): 43–57.
- Fuchs, Gesine: Substantielle Repräsentation im Schweizer Parlament: Zum Agenda Setting beruflicher Gleichstellungspolitik 1996–2011. In: Femina Politica 1 (2015): 73–83.
- Hardegger, Angelika: Die 2010er-Jahre. In: Schmid, Denise (Hg.): Jeder Frau ihre Stimme. 50 Jahre Schweizer Frauengeschichte 1971–2021. Zürich 2020: 253–273.
- Herrigel, Johanna; Peter, Anja: Degrowth aus der Perspektive der feministischen Ökonomie. In: Denknetz (Hg.): Postwachstum? Aktuelle Auseinandersetzungen um einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel (Denknetz Jahrbuch 2021). Zürich 2021: 47–59.

- Isler, Simona: Zwischen Arbeit und Befreiung. Zur Haus- und Familienarbeitsdebatte in der Neuen Frauenbewegung in der Schweiz 1968–1989 (unveröffentlichte Masterarbeit, Historisches Institut der Universität Bern). Bern 2011.
- Isler, Simona: Lohn für Hausarbeit? Befreiungsperspektiven der Frauenbewegung in den 1970er-Jahren. In: Tanner, Jakob; Bernet, Brigitta (Hg.): Ausser Betrieb. Metamorphosen der Arbeit in der Schweiz. Zürich 2015: 216–236.
- Joris, Elisabeth; Witzig, Heidi (Hg.): Frauengeschichte(n). Dokumente aus zwei Jahrhunderten zur Situation der Frauen in der Schweiz. 4. ergänzte Auflage. Zürich 2001 (1. Auflage 1986).
- Knobloch, Ulrike (Hg.): Ökonomie des Versorgens. Feministisch-kritische Wirtschaftstheorien im deutschsprachigen Raum. Weinheim 2019.
- Knobloch, Ulrike: Einleitung. In: Dies. (Hg.): Ökonomie des Versorgens. Feministisch-kritische Wirtschaftstheorien im deutschsprachigen Raum, Weinheim 2019: 11–40.
- Küng, Lea: Demokratie in Arbeit: Eine Auslegung und geschlechterpolitische Rahmung für die Gestaltung von (Tieflohn)Arbeit. In: Meyer, Katrin; Pfenninger Tuschmid, Stephanie; Skliarova, Yuanna (Hg.): Revisioning Democracy and Women's Suffrage: Critical Feminist Interventions. Zürich 2024: 265–292.
- Lanfranconi, Lucia: Wirtschaftsnutzen statt Gleichstellungsnormen. Chancen und Risiken des Wirtschaftsnutzendiskurses in der schweizerischen Gleichstellungspolitik im Erwerbsleben. In: Liebig, Brigitte; Levy, René; Sauer, Birgit; Sousa-Poza, Alfonso (Hg.): Politiken der Gleichstellung in der Schweiz. Institutionelle Faktoren von Erfolg und Scheitern. (Schweizerische Zeitschrift für Soziologie 40/2). Zürich 2014: 325–348.
- Madörin, Mascha: Zählen, was zählt. Sorge- und Versorgungsarbeit als Teil der Gesamtwirtschaft. In: Knobloch, Ulrike (Hg.): Ökonomie des Versorgens. Feministisch-kritische Wirtschaftstheorien in deutschsprachigen Raum. Weinheim 2019: 89–119.
- Madörin, Mascha: Das Auseinanderdriften der Arbeitsproduktivitäten: Eine feministische Sicht. In: Denknetz (Hg.): Gesellschaftliche Produktivität jenseits der Warenform (Denknetz Jahrbuch 2011). Zürich 2011: 56–70.
- Madörin, Mascha: Care-Ökonomie – eine Herausforderung für die Wirtschaftswissenschaften. In: Bauhardt, Christine; Çağlar, Gülay (Hg.): Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie. Wiesbaden 2010: 81–103.
- Madörin, Mascha: Neoliberalismus und die Reorganisation der Care-Ökonomie. Eine Forschungsskizze. In: Denknetz (Hg.): Zur politischen Ökonomie der Schweiz. Eine Annäherung (Denknetz Jahrbuch 2007). Zürich 2007: 141–162.
- Madörin, Mascha: Plädoyer für eine eigenständige Theorie der Care-Ökonomie. In: Niechoj, Torsten; Tullney, Marco (Hg.): Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie. Marburg 2006: 277–297.
- Magnin Chantal: Der Alleinernährer. Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im Wirtschaftswachstum der 1950er Jahre (unveröffentlichte Lizentiatsarbeit, Historisches Institut der Universität Bern). Bern 1996.
- Mesmer, Beatrix: Vom «doppelten Gebrauchswert» der Frau – eine Einführung. In: Barben, Marie-Louise; Ryter, Elisabeth (Hg.): verflixt und zugenäht! Frauenberufsbildung – Frauenerwerbsarbeit 1888–1988. Bern 1988: 15–21.
- OECD: Joining Forces for Gender Equality. What is holding us back? Paris 09.05.2023, DOI: <https://doi.org/10.1787/67d48024-en>, abgerufen am 11.04.2024.
- Peter, Anja: Die Frauenrevision. Gleichstellung in der AHV 1979–1994 (unveröffentlichte Masterarbeit, Historisches Institut der Universität Bern). Bern 2011.

- Probst, Sarah: Ermächtigte Frauen – optimierter Betrieb? Die betriebliche Frauenförderung der Fachstelle für Frauenfragen der Zürcher Stadtverwaltung 1987–2000 (Berner Studien zur Geschichte. Reihe 6: Sozial-, Kultur- und Geschlechtergeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, 1). Bern 2020, Bern Open Publishing 2020, https://boris.unibe.ch/140865/1/MA-Probst_03.03.2020_def.pdf, abgerufen am 26.01.2025.
- Probst, Sarah: Ein «Geschäft mit der Gleichberechtigung»? Strategien zur beruflichen Frauenförderung im Netzwerk Taten statt Worte 1986–1993. In: Ludi, Regula; Ruoss, Matthias; Schmitter, Leena (Hg.): Zwang zur Freiheit. Krise und Neoliberalismus in der Schweiz. Zürich 2018: 161–187.
- Soiland, Tove: Es geht um CARE? Sprechen wir doch lieber von der Mutter. Seminarraumgespräch vom 22.05.2017. <http://frauenhetz.jetzt/wp-content/uploads/2020/11/T.Soiland.pdf>, abgerufen am 06.09.2024.
- Soiland, Tove: Landnahme der individuellen und sozialen Reproduktion: eine feministische Perspektive auf die Transformation des Sozialen. In: Theoriekritik.ch, 05.02.2017. <http://www.theoriekritik.ch/?p=3180>, abgerufen am 06.09.2024.
- Suter, Anja: 1980er-Jahre. In: Schmid, Denise (Hg.): Jeder Frau ihre Stimme. 50 Jahre Schweizer Frauengeschichte 1971–2021. Zürich 2020: 80–133.
- Tanner, Jakob; Studer, Brigitte (unter Mitarbeit von Hiestand, Manuel): Konsum und Distribution. In: Halbeisen, Patrick; Müller, Margrit; Veyrassat, Béatrice (Hg.): Wirtschafts-geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert. Basel 2012: 634–702.
- Toupin, Louise: Lohn für Hausarbeit. Chronik eines internationalen Frauenkampfes 1972–1977. Münster 2022.
- Wecker, Regina: Frauenlohnarbeit: Statistik und Wirklichkeit in der Schweiz an der Wende zum 20. Jahrhundert (Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 34/3). Basel 1984: 346–356.
- Wehrli, Katharina: Kapitalismus stellt kein Gleichgewicht dar. In: Moneta. Magazin für Geld und Geist. Abschied vom Wachstum, 3/2022: 4–6.
- Werlhof, Claudia von; Mies, Maria; Bennholdt-Thomsen, Veronika: Frauen, die letzte Kolonie. Reinbek bei Hamburg 1983.
- Widmer, Thomas; Fuchs, Gesine; Zollinger, Christine: Wenn Gleichstellungspolitik zu Ungleichheit führt. In: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 162, 16.07.2014: 17.
- Zimmermann, Barbara; Kessler, Dorian: Scheidungsfolgen im System der Sozialen Sicherheit. In: Impuls. Magazin des Departements Soziale Arbeit. Berner Fachhochschule 3 (2016): 37–39.

Autor*innen

Juri Auderset, Dr. phil., ist Historiker und Assistenzdozent für die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts am Historischen Institut der Universität Bern und Co-Leiter des Bereichs Forschung im Archiv für Agrargeschichte in Bern. Er lehrt und forscht zur Agrar- und Umweltgeschichte, zur Geschichte der Arbeit, zur Geschichte des Kapitalismus, zur Geschichte der Mensch-Tier-Beziehungen, zur Geschichte der Rausch- und Genussmittel sowie zur Begriffs- und Wissensgeschichte.

Dario Domenig, BA, studiert im Master Programm Business Administration mit Schwerpunkt Accounting and Finance an der Universität Bern. Zuvor schloss er einen Bachelor mit Major in Geschichte (Schwerpunkt auf der Zeit nach 1800) und Minor in Betriebswirtschaft ab. Seine Bachelorarbeit hat er zum Thema «Zwischen Stagnation und Aufbruch: Die Schweizer Wirtschaftspolitik 1990–1995» verfasst.

Fabian Furter, Dr. sc., ist Historiker, freiberuflicher Autor, Gutachter und Dokumentarfilmer sowie Mitbegründer und Partner des Büros *imRaum* für Ausstellungs- und Museumsplanungen. Die Architektur- und Städtebaugeschichte der Nachkriegszeit ist ein Schwerpunkt seiner Arbeit. www.imraum.ch.

Pascal Germann, Dr. phil., ist Historiker und arbeitet als Dozent am Institut für Medizingeschichte der Universität Bern. Er forscht mit wissens- und globalhistorischen Ansätzen zur Geschichte der öffentlichen Gesundheit, der Lebensqualität, der Eugenik, der Genetik und der Anthropologie sowie zu den politischen und epistemischen Umbrüchen seit den 1970er Jahren.

Monika Gisler, Dr. phil., ist Historikerin, lehrt an der ETH Zürich und forscht mit eigenem Büro (www.unternehmensgeschichte.ch) zu Umwelt- und Energiethematen. Aktuelle Publikationen: *Erzählte Physik. Paul Scherrer und die Anfänge der Kernforschung*. 2. Auflage. Zürich 2024; *Energie* (Schriftenreihe der Vontobel-Stiftung, Nr. 2390). Zürich 2021; *Wie die Umwelt an die ETH kam. Eine Sozialgeschichte der Umweltnaturwissenschaften*. Zürich 2020.

Ueli Haefeli, Prof. Dr. phil., ist Historiker und Mitinhaber von *Interface Politikstudien Forschung Beratung* in Luzern und Titularprofessor für Nachhaltige Mobilität an der Universität Bern. Seine Arbeits- und Forschungsschwerpunkte liegen aus einer historischen, gegenwarts- und zukunftsbezogenen Perspektive bei der Evaluation von Verkehrsprojekten, bei der Analyse von Verkehrstrends und Mobilitätsverhalten sowie bei Fragen der Nachhaltigkeit.

Jonathan Hoppler, MA, ist Historiker und hat an der Universität Freiburg i.Ü. Zeitgeschichte mit den Schwerpunkten Rechtspopulismus und Neue Soziale Bewegungen studiert. Im Nebenstudiengang an der Universität Bern beschäftigte ihn insbesondere die Anthropologie des Transnationalismus. Seit dem Studienabschluss hat er sich auf das Fachgebiet Information und Dokumentation spezialisiert. Zur Zeit arbeitet er im Lichtspiel / Kinemathek Bern im Bereich der Bibliothek und des Filmarchives.

Christian Koller, Prof. Dr. phil., ist Direktor des Schweizerischen Sozialarchivs, Titularprofessor für Geschichte der Neuzeit an der Universität Zürich und Lehrbeauftragter für Sozialgeschichte an der FernUni Schweiz. Er publiziert zu diversen Themen der europäischen und kolonialen Geschichte des 19. bis 21. Jahrhunderts, unter anderem zur Gewerkschaftsgeschichte und zu industriellen Beziehungen.

Tobias Küng, MA, ist Historiker und hat an der Universität Bern Geschichte mit den Schwerpunkten Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte, Neuere Schweizer Geschichte sowie Digital Humanities studiert. Zuvor schloss er einen Bachelor in Geschichte (mit Schwerpunkt auf der Zeit nach 1800) sowie Kommunikationswissenschaft und Medienforschung an den Universitäten Bern und Fribourg ab. Seine Masterarbeit hat er zum Thema «Vom Erdölpreisschock zum Energieartikel: Die Debatte zum Energiesparen in der Schweiz 1970–1990» verfasst.

Florian Müller, Dr. phil., ist Wirtschafts- und Urbanisierungshistoriker. Er ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundesamt für Kultur (BAK) und Wissenschaftlicher Assistent an der FernUni Schweiz in Brig. Seine thematischen Arbeits- und Forschungsschwerpunkte sind die Wirtschafts- und Sozialgeschichte, die Geschichte der Wohnungsmärkte und -politik sowie soziale Ungleichheit, Sozialpolitik und Baukultur.

Anja Peter, MA, ist Historikerin und hat in Zürich und Bern Geschichte und Staatsrecht studiert. Sie ist Mitbegründerin des Büros für Feminismus und forscht, lehrt und publiziert zu Fragen unbezahlter und bezahlter personenbezogener Arbeit und zu feministischen Perspektiven auf Wirtschaft. Unter anderem:

Herrigel, Johanna; Peter, Anja: Degrowth aus der Perspektive der feministischen Ökonomie. In: Franzini, Luzian u. a. (Hg.): Postwachstum? Aktuelle Auseinandersetzungen um einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel (Denknetz Jahrbuch 2021). Zürich 2021: 47–59.

Marion Ronca, Dr. phil., ist Historikerin und hat an der Universität Zürich Geschichte und Politikwissenschaft studiert. Ihre Dissertation hat sie zur Entstehung der Konjunkturbeobachtung in der Schweiz als Streitpraxis zwischen Wissenschaft und Politik verfasst. In ihrem neuen Forschungsprojekt untersucht sie das Aufkommen von *New-Age*-Wissen im Kontext der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Umbrüche nach 1970. Derzeit organisiert sie die Schweizerischen Geschichtstage 2025 und ist Lehrbeauftragte an den Universitäten Luzern und St. Gallen.

Roman Rossfeld, Dr. phil., ist Wirtschaftshistoriker, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der School of Humanities and Social Sciences (SHSS-HSG) der Universität St. Gallen sowie assoziierter Forscher und Lehrbeauftragter an der Abteilung für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte (WSU) des Historischen Institutes der Universität Bern. Er publiziert zur Ernährungs- und Genussmittelgeschichte, zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des Ersten Weltkrieges sowie zur Geschichte des Wirtschaftswachstums und der Wirtschaftskrisen.

Samuel Schildknecht, BA, studiert im Masterstudium Applied Economic Analysis an der Universität Bern. Sein Interesse gilt sowohl wirtschaftshistorischen als auch allgemeinen wirtschaftlichen Fragestellungen. Nach einer Grundausbildung als Zeichner EFZ Ingenieurbau hat er sein Geschichtsstudium an der Universität im zweiten Bildungsweg absolviert. In seiner Bachelorarbeit hat er die Rolle der Schweizer Gewerkschaften während der Stagnation der 1990er Jahre untersucht.



Das Signet des Schwabe Verlags ist die Druckermarke der 1488 in Basel gegründeten Offizin Petri, des Ursprungs des heutigen Verlags-
hauses. Das Signet verweist auf die Anfänge des Buchdrucks und stammt aus dem Umkreis von Hans Holbein. Es illustriert die Bibelstelle Jeremia 23,29:
«Ist mein Wort nicht wie Feuer, spricht der Herr, und wie ein Hammer, der Felsen zerschmeisst?»

Herausgegeben von Christian Rohr

MEHR!

Kein anderes Paradigma hat die Schweizer Wirtschaft und Wirtschaftspolitik seit dem Zweiten Weltkrieg so stark geprägt wie das Wachstumsparadigma. Spätestens seit der Ölpreiskrise der 1970er Jahre sind aber auch die «Grenzen des Wachstums» verstärkt in den Fokus der Öffentlichkeit geraten. Neue Konzepte, die mit den Begriffen «qualitatives», «nachhaltiges» oder «grünes Wachstum» umschrieben werden können, prägten die Debatte zunehmend. «Degrowth» und «Suffizienz» sind inzwischen zu neuen wachstumskritischen Schlagworten geworden. Das Buch untersucht nicht nur, wie (stetiges) Wachstum in den Nachkriegsjahren auch in der Schweiz zu einer Wirtschaft und Politik prägenden Leitidee werden konnte. Es thematisiert auch die zunehmende Wachstumskritik seit den 1970er Jahren und fragt nach den Adaptationen und Transformationen dieser Kritik bis zur Stagnation der 1990er Jahre.

HERAUSGEBER

Roman Rossfeld, Dr. phil., ist Wirtschaftshistoriker, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der School of Humanities and Social Sciences (SHSS-HSG) der Universität St. Gallen sowie assoziierter Forscher und Lehrbeauftragter an der Abteilung für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte (WSU) des Historischen Institutes der Universität Bern. Er publiziert zur Ernährungs- und Genussmittelgeschichte, zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des Ersten Weltkrieges sowie zur Geschichte des Wirtschaftswachstums und der Wirtschaftskrisen.

SCHWABE VERLAGwww.schwabe.ch

ISBN 978-3-7965-5290-8



9 783796 552908